

Wortprotokoll zu TOP 5 und 6A

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

5. Sitzung

16. März 2022

Beginn: 12.03 Uhr

Schluss: 14.29 Uhr

Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich komme zu

Punkt 5 der Tagesordnung

Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022

**Corona-Sonderzahlung an Beschäftigte der
Zuwendungsempfänger**

(Berichtsauftrag aus der 3. Sitzung vom 19.01.2022)

[0102 C](#)

Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Dann ist der Bericht zur Kenntnis genommen. – Frau Dr. Brinker! Entschuldigung!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Entschuldigung! Ich habe jetzt auch ein bisschen Zeit gebraucht. Und zwar habe ich auch eine Verständnisfrage. Auf Seite 3, quasi der letzte Absatz, steht:

Würde das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz unverändert in Kraft treten, käme es zu Steuerausfällen für das Land Berlin in dreistelliger Millionenhöhe ...

Das habe ich nicht verstanden. Können Sie mir das erläutern?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Es wird aktuell auf Bundesebene diskutiert, ein weiteres Corona-Steuerhilfegesetz zu verabschieden. Die Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Deswegen können wir auch nur mit Schätzwerten arbeiten. Da geht es unter anderem um weitere Prämien in Höhe von rund 3 000 Euro für einen aber wesentlich kleine-

ren Empfängerkreis, aber auch andere Maßnahmen. Wenn das so kommt, hat das zur Folge, dass diese Leistungen ausgereicht werden an die Menschen, aber steuerbefreit sind. Diese Steuerbefreiung und damit die dem Land Berlin entgehenden Einnahmen haben unsere Mitarbeiter mit einer dreistelligen Millionenhöhe beziffert. – Aber, wie gesagt, es ist alles noch in der Diskussion. Von daher müssen wir die finalen Ergebnisse abwarten. Es ist erst mal nur eine Schätzung.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Frau Vorsitzende! Ich bitte erstens zu Tagesordnungspunkt 5 um ein Wortprotokoll und will zweitens Folgendes erklären: Wir sind mit dem Bericht zufrieden und einverstanden, haben auch das Thema, das die AfD gerade angeschnitten hat, verstanden und zur Kenntnis genommen. Natürlich verbirgt sich hinter solchen Überlegungen – hier haben wir es sogar schon mit Gesetzesvorhaben zu tun, mit einer Avisierung für den 8. April im Bundesrat – auch ein potenzieller Einnahmeausfall für das Land. Das ist immer eine Abwägungsfrage, wenn man sozusagen etwas Gutes tun.

Hier ist immer noch die Frage offen – das muss ja dann exekutiert werden, was Sie uns hier aufschreiben; da wird es Hinweise geben. Klar ist für uns, und das unterstützen wir, wer bis zum Ende – also jetzige Rechtslage – des Monats die Gelder im Geschäftsgang hat, so sage ich es mal untechnisch, der ist steuerbefreit. Da interessieren uns insbesondere die Letztempfänger, also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Eine andere Frage ist, wie wir unseren politischen Willen durchsetzen, dass auch diejenigen Beschäftigten, die, aus welchen Gründen auch immer – vor allem technischer Art –, eben erst nach diesem Monat zu Zahlungen gelangen, dadurch keinen Nachteil haben. Das ist für uns noch eine offene Frage. Wir bitten den Senat, das als offene Frage zu behandeln.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Gony!

Christian Goiny (CDU): Ich würde auch die Bitte an den Senat anschließen, dass wir hier im Fortgang unterrichtet werden. Vielleicht wäre da der 27. April, an dem wir, glaube ich, die zweite Lesung der Finanz Einzelpläne haben, eine gute Gelegenheit, uns vielleicht schon konkreter zu berichten, ob hier mögliche, angedeutete Steuerausfälle sich konkreter ankündigen oder wie sich die Situation dann insgesamt darstellt.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich muss ganz kurz für das Protokoll erwähnen: Wortprotokoll ist beschlossen. – Okay. – Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Sehr gerne! Wir berichten natürlich fortlaufend. Aktuell ist in Abstimmung zwischen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Senatsverwaltung für Finanzen ein Schreiben an alle zuwendungsgebenden Stellen in Vorbereitung – das wird diese Woche auch noch versendet –, in dem noch mal Hinweise zum Verfahren gegeben werden. Sehr grob skizziert kann man sagen, dass die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales die Anträge der Zuwendungsempfänger auf ihre Korrektheit testiert, die Senatsverwaltung für Finanzen dann ausreicht. Wir haben bereits beim letzten Mal in Aussicht gestellt, dass, wenn das sehr schnell geht, wir uns auch vorstellen könnten, die zentrale Vorsorge, die wir getroffen haben, auch im Rahmen der Haushalts-

beratungen dann dezentral in den einzelnen Einzelplänen zu veranschlagen. Das Verfahren wird für alle Senatsverwaltungen und die Bezirke identisch sein. Ich glaube, das ist wichtig, damit wir eine Einheitlichkeit bei den zuwendungsempfangenden Stellen haben. Selbstverständlich, Herr Schneider, setzen auch wir als Land Berlin uns dafür ein, dass der Empfängerkreis der Prämien, der Steuerbefreiung von Prämien über den März hinaus auch auf diese Zielgruppe mit erweitert wird.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank! – Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich habe meinen Wortbeitrag gerade nicht so verstanden wissen wollen, dass die Zielgruppe durch Bundesnovelle erweitert wird, sondern ich habe ein ungelöstes Problem bei der bestehenden, derzeitigen Rechtslage skizziert und unseren politischen Willen noch mal dargestellt.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, vielen Dank! – Dann ist jetzt der zu TOP 5 gehörende Bericht Rote Nummer 0102 C zur Kenntnis genommen.

Vorsitzende Franziska Becker: Wir kommen zu

Punkt 6 A der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**„Aktuelle Situation und Finanzierung der
Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine“**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0180](#)
Haupt

Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Goiny. – Bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Wir sehen die Dramatik der Situation und die Bilder vom Hauptbahnhof und von anderen Orten in Berlin inzwischen, was die ankommenden Flüchtlinge anbetrifft, das große ehrenamtliche Engagement, das Bemühen aller anderen Stellen von Senat, Verwaltung und Ehrenamtlern, hier der Lage Herr zu werden. Wir gehen davon aus, dass das auch entsprechende finanzielle Ressourcen bedeutet. Wir haben uns eingedenk des Beginns der Coronapandemie hier öfter verständigt und kurzgeschlossen über die Frage: Wie, aus welchen Titeln wird hier jetzt was eigentlich finanziert? Wie werden diese Hilfen organisiert? – Dazu ist hier im Hauptausschuss bislang noch gar nichts angelandet. Nun gehe ich trotzdem davon aus, dass das Geld kostet. Deswegen wollte ich den Senat darum bitten, dass man uns in Kenntnis setzt, wie aus Sicht des Senats der aktuelle Stand der Unterbringung ist, welche Ressourcen zur Verfügung stehen und wie die finanzielle Lösung dieser Herausforderungen aus Sicht des Senats läuft, aus welchen Haushaltstiteln das jetzt läuft, wie das mit der vorläufigen Haushaltswirtschaft ist und welche weiteren Ausgaben in den nächsten Tagen und Wochen aus Sicht des Senats noch erforderlich sind. Gegebenenfalls möchte ich darum bitten, dass uns das zur nächsten Woche oder so mit einer entsprechenden schriftlichen Unterlage unterlegt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich habe die Wortmeldungen der Kollegen Schneider und Zillich vorliegen. – Bitte!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bitte auch hier, zu diesem Tagesordnungspunkt, um ein Wortprotokoll, weil ich erst mal etwas Bemerkenswertes feststellen oder noch mal für unsern Ausschuss hier festhalten möchte. Es ist auch öffentlich wahrgenommen worden, dass fünf Fraktionen dieses Hauses zu einem Grundverständnis gekommen sind. Das hat natürlich auch mit den Finanzen zu tun, wiewohl ich das derzeit als politisches Sekundärproblem einordne; dazu werde ich im Anschluss noch zwei Sätze sagen.

Das Grundverständnis besteht darin, dass wir, mutmaßlich jedenfalls – ich sage ausdrücklich: mutmaßlich –, eine andere Einschätzung im deskriptiven, also im beschreibenden, analytischen Bereich haben, als wir das anhand der Faktenlage von der Bundesebene annehmen müssen. Wenn es nicht so wäre, wäre es nicht besser, sondern noch schlimmer – um das mal deutlich zu sagen. Deshalb haben fünf Fraktionen gestern einen Antrag ins Parlament eingebracht, der dieses Thema adressiert.

Da schließt sich auch meine Frage an. Wir sind alle mehr oder weniger beobachtend, so, wie die Öffentlichkeit auch, mit großem Erschrecken über eine weltpolitische Lage, die sich in verschiedener Weise in Europa und in der Welt auswirkt. Der Eindruck, den hier fünf Frakti-

onen gewonnen haben, ist, dass die Bundesrepublik Deutschland derzeit zu zwei strategischen Fragen hart arbeitet und im Kontext mit der Weltgemeinschaft agiert: Das ist einmal eine militärische Frage – das haben wir alle im Bundestag gehört, und sicherlich findet das seine tiefe Berechtigung; das muss ich hier nicht ausführen, will ich auch gar nicht –, und zum anderen sehen wir weitreichende Wirtschaftssanktionen mit unmittelbaren oder mittelbaren Wirkungen, die sich aber auch schon in der Lebenswirklichkeit der Menschen abbilden und politisch umstritten sind. Ist es das richtige Konzept, jetzt den Spritpreis zu – – Und so weiter; das will ich hier auch nicht ausführen, weil das nicht die unmittelbare Debatte ist, die wir heute führen.

Unser Abgeordnetenhaus, so habe ich jedenfalls die Fraktionen gestern verstanden, sehen eine gleich gewichtige Frage, und das ist der humanitäre Umgang mit den Flüchtenden, denn das hängt alles unmittelbar miteinander zusammen. Da geht es auch nur sekundär um die Frage: Wer bezahlt das, und wie wird das exekutiert, in Berlin, in Warschau und letztlich in Europa und der Welt? – Zu dieser Analyse kommen wir, weil wir nicht das erste Mal in der jüngeren Geschichte der Überzeugung sind, dass die Frage des Umgangs mit Menschen, mit Flüchtlingen letztlich auch eine militärstrategische Frage ist. Also: Die Menschen und ihr Wohlbefinden werden als Waffe eingesetzt. Sie machen sich auf den Weg nach Europa, in Sicherheit. Wir sehen weinende Mütter, sobald sie die Grenze überschritten haben, oder Geburten in U-Bahnschächten. Das alles haben wir in diesem Raum schon eindrücklich gehört, als der ukrainische Botschafter sich geäußert hat.

Die ursprüngliche Analyse, die wir von der Bundesebene gehört haben, ist, dass wir mit 20 000 flüchtenden Menschen rechnen müssen. Daran schließt sich meine Frage an den Senat an. In der Zeitung lese ich von Forschern in diesem Bereich, dass wir mit 10 Millionen flüchtenden Menschen rechnen müssen. Von der EU höre ich, dass wir mit 6 Millionen flüchtenden Menschen rechnen müssen. Unplausibel sind diese erschreckenden Zahlen nicht, weil man auch in Syrien prognostiziert hat, dass bis zu einem Viertel der Bevölkerung vor Krieg und Terror flüchtet. Das waren zum Teil dieselben Bomben, die da Terror ausgeübt haben, jedenfalls auf die Zivilbevölkerung. Was ist denn jetzt die Zahl, die wir hier, für unser Land, zugrunde legen, die derzeitige Zahl oder die mutmaßliche Zahl? – Also dass die Zahl 20 000 nicht stimmen kann, wissen wir bereits; das braucht man in diesem Ausschuss nicht mehr zu diskutieren. Das ist eine sehr unscharfe Prognose gewesen. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass es ein wesentlich größerer Strom von Menschen wird. Die Fraktionen haben sich so ausgedrückt: Es wird die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. – Und das ist im Prinzip die politische Frage, die ich dem Senat stellen will. Da schließen sich dann die technischen Fragen an, die auch alle wichtig sind, unter anderem die Frage: Wer bezahlt das? Macht das der Bund, oder machen das die Kommunen – die sehen das naturgemäß anders –, macht das das Land? – Klar ist jedenfalls politisch folgende Aussage: Es ist eine Sekundärfrage; erst mal bezahlen wir alles, und zwar wirklich alles, was dazu beiträgt, dass Gefahr für Leib und Leben abgewandt wird. In welchen Standards wir diese Menschen in der Lage sind unterzubringen, ist leider erst mal auch eine Sekundärfrage in Anbetracht der Wucht, mit der wir hier rechnen und prognostizieren.

Zur Methode – das ist jedenfalls unser Vorschlag, und das muss man politisch vereinbaren, das kann man auch differenzierter bewerten –: Mit Blick auf die Haushaltsberatungen haben wir in der Koalition eine gewisse Neigung, das wie 2015 zu machen. Da gab es drei, vier Einnahme- und Ausgabebetitel im Einzelplan, ich glaube, 29, auf einer DIN-A4-Seite mit ein biss-

chen prosaischem Anhang, und dann wurde das sukzessive kontrolliert, gesteuert und nachgesteuert. Ich glaube, man kann das momentan nicht anders machen, schon wenn man sich mal die Zahlen anguckt: 20 000 versus 10 Millionen. Da kann man uns andere Vorschläge machen; da sind wir ausdrücklich vollkommen offen. Ich rate nur davon ab, dass wir jetzt titelscharf in allen Einzelplänen versuchen zu prognostizieren – in Anbetracht dieses Prognosechaos.

Ich will aber noch einmal zur Bundesebene zurückkommen; wir werden das auch in der Plenardebatte noch mal diskutieren. Am liebsten wäre es mir, die Debatte würde überflüssig und die Ministerpräsidentenkonferenz macht nach meiner Auffassung das erste Mal ihre Arbeit in zwei Jahren. Das ist meine Auffassung, nicht die Position meiner Fraktion, aber ich bin ja bekannt dafür, auch mal Tacheles zu reden. Denn das ist die Frage, die jetzt auf der Tagesordnung steht: Erlauben wir es Putin, in seiner Kriegspropaganda und Hetze auf den Westen zu zeigen und zu sagen: Da ist euer Schlaraffenland, da, wo die schwangeren Frauen auf dem Bahnsteig schlafen! –, oder können wir den Tisch mit drei Beinen stabilisieren, militärisch, wirtschaftlich und humanitär? Und wenn das in der Steuerung, Verteilung, Adäquanz und Angemessenheit keine Bundesaufgabe ist, dann verstehe ich Politik nicht – um das mal so deutlich zu sagen.

Erst danach kommt die Frage: Wer zahlt die Rechnung? Erst danach kommt die Frage, ob wir mit dem ukrainischen Generalkonsulat einer Meinung sind, dass die Kinder hier ukrainisch beschult oder, nach unserer Auffassung, integriert werden müssen. Das sind alles extrem wichtige Fragen; sie sind aber momentan sekundär. Wenn es da auf der Bundesebene eine andere Einschätzung gibt, dann machen die dort ihre Arbeit nicht richtig. Vertrauen Sie darauf: Ich formuliere hier sehr zurückhaltend; in einer Woche geht das hier ganz anders ab. – Aber meine Frage an den Senat ist: Irre ich mich mit meiner Einschätzung, die ich hier angedeutet habe?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich, danach Herr Schulze! – Bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Der Kollege Schneider, so wichtig seine Frage ist, sie ist in gewisser Weise rhetorischer Natur, denn wir sehen eine Wirklichkeit, die uns erstens zeigt, mit welcher Vehemenz dort eine Herausforderung auf uns zukommt und schon da ist, was die Aufnahme von Flüchtenden betrifft. Wir sehen, was die Berlinerinnen und Berliner bereit sind, dazu beizutragen, dass das vernünftig stattfindet. Wir wissen und ahnen aber auch, dass wir hier eine Aufgabe vor uns haben, die nicht in einer kurzfristigen Mobilisierung zu stemmen sein wird, sondern die uns durchaus eine längere Zeit beschäftigen wird. Wir sehen auch, dass die Berliner Behörden, aber ich sage ausdrücklich auch: die Berliner Landesregierung, alles tun, was dort im Moment nur machbar erscheint. Das ist garantiert, um es gleich vorweg zu sagen. Es kann nicht in einer Art und Weise stattfinden, bei der nicht vielleicht auch ein Fehler oder ein Versäumnis passiert. Das liegt, glaube ich, in der Natur der Sache, aber die Kraftanstrengung, die hier gerade passiert, ist durchaus beispiellos.

Insofern sind wir gefragt, wie wir damit umgehen, aber natürlich muss im gesamtstaatlichen und europäischen Gefüge die Frage gestellt werden: Wer trägt hier eigentlich welche Verantwortung? Wir haben im Moment leider eine Situation, in der wir befürchten müssen, dass es eine – ich will es mal so nennen – groteske Unterschätzung der Situation seitens des Bundes gibt, und in der wir alles dafür tun müssen, nicht um von uns abzulenken, sondern damit die-

ses Problem bewältigt werden kann, damit wir mit den Leuten vernünftig umgehen können, damit die Verantwortung wahrgenommen werden kann, dass sich diese Einschätzung auf der Bundesebene verändert und wir tatsächlich eine Übernahme von Verantwortung für die Steuerung dessen, was notwendig ist, brauchen, und das zuallererst: eine Übernahme der Verantwortung für die Steuerung dessen, was notwendig ist. Das bedeutet natürlich auch eine Verteilung der Flüchtenden in der Fläche und auf die Bundesländer.

Danach schließen sich weitere Fragen an – der Kollege Schneider hat es deutlich gemacht –, die Fragen von Finanzierung und personeller Unterstützung. Wir haben die Situation, und ich glaube, das ist auch vollkommen klar, dass Berlin hier in Vorleistung geht. Berlin macht hier die Sachen, die jetzt notwendig sind. Aber es ist auch klar, dass es sinnvollerweise nicht so bleiben kann, sondern dass wir natürlich erwarten, dass der Bund, auch, was die Finanzierung und die sächliche und personelle Unterstützung betrifft, seiner Verantwortung gerecht wird. Zuerst geht es also in der Tat darum, sich um die Menschen zu kümmern. Da tut Berlin, da tun die Berlinerinnen und Berliner, die Zivilgesellschaft im Moment sehr viel. Aber wir müssen leider befürchten, dass das nicht ausreicht. Und wir müssen leider befürchten, dass wir den Bund sehr nachdrücklich ermahnen müssen, dass er hier in die Verantwortung geht.

Nun befinden wir uns auch in Haushaltsberatungen; deswegen ist die Frage der Finanzierung eine veritable. Deswegen wird es auch wichtig sein, von der Senatsverwaltung für Finanzen einerseits zu hören, wie es derzeit läuft. Ich glaube, mit dem Artikel 89 hat man da kaum ein Begründungsproblem, was die jetzige Situation betrifft. Aber in der Tat ist die Frage auf einer Prognoseebene und auch auf einer konzeptionellen Ebene, welche Veranschlagungstechnik wir uns hier vornehmen, so will ich es mal sagen, und worauf wir uns verabreden, um es in der Haushaltsberatungen vernünftig abzubilden. Es ist in der Tat so – der Kollege Schneider hat es angedeutet –, dass wir 2015/16 sowohl vor den Haushaltsberatungen als auch darin uns letztlich verabredet haben auf eine Technik, mit der wir nicht versuchen, Bedarfe in den einzelnen Titeln zu prognostizieren, weil das gar nicht geht, sondern wir versuchen, stark pauschalisiert Bedarfe zu prognostizieren und im Übrigen auch gegenstehende Einnahmen gegebenenfalls zu prognostizieren. Ich bin sogar sehr dafür, dass wir in der Haushaltsveranschlagung deutlich machen, auch wenn die Höhe sicherlich noch nicht veranschlagungsreif ist, dass der Bund hier eine Finanzierungsverantwortung hat; das werden wir auch entsprechend machen. Aber wir brauchen eine komprimierte, übersichtliche Form der Darstellung und Veranschlagung und damit auch der Transparenz gegenüber dem Parlament, die sich aber in der Konkretion nicht überhebt. Daraus müssen natürlich – damit haben wir Erfahrung – die einzelnen Bedarfe bewirtschaftet werden, aber das geht ja auch, und das ist darstellbar. Ich glaube, seinerzeit wurde es über drei Ausgabetitel abgedeckt: Unterbringung, Integration und Investitionen, wenn ich es richtig im Kopf habe, aber vielleicht war es auch noch einer mehr. Ich glaube, es wäre gut, wenn wir uns in dieser Art und Weise darauf verständigen. Klar ist, dass eine pauschale Veranschlagung immer damit einhergehen muss, dass man in dem Moment, in dem man es genauer weiß, nämlich in der Ex-post-Betrachtung, eine Nachvollziehbarkeit und ein genaueres Controlling hat. Das muss dann dargestellt werden, aber das ist damals gelungen, und es wird jetzt sicherlich auch gelingen.

Aber – ich komme darauf zurück – der zentrale Punkt, um den es im Moment geht, weil es leider so ist, dass wir befürchten müssen, dass das, was an Menschen aus der Ukraine flieht, man muss sogar sagen, dass die Zahl der Menschen, die fliehen können, so hoch sein wird, glücklicherweise in gewisser Weise so hoch sein wird, dass wir hier vor eine Aufgabe gestellt

werden, bei der wir sehr deutlich sagen müssen: Hier muss der Bund in eine Verantwortung gehen.

Vorsitzende Franziska Becker: Bevor Herr Schulze an der Reihe ist, noch ein Satz zum Protokoll – das muss ich mitteilen –: Wortprotokoll ist beschlossen. – Herr Schulze, bitte!

André Schulze (GRÜNE): Ich kann mich meinen beiden Vorrednern anschließen, dass der Bund hier schnellstmöglich seine Verantwortung wahrnehmen muss, vor allen Dingen in der Bekämpfung oder Beseitigung der akuten Notlagen, die wir hier haben, sei es bei der Verteilung, sei es bei der personellen Unterstützung bei der Registrierung, sei es auch bei der Erstunterbringung, und hier in jeder Form, wie es auch der gemeinsame Antrag fordert, in die Verantwortung geht und das Land Berlin in dieser Situation unterstützt.

Ich hätte ein paar konkrete Nachfragen, weil auch Vertreter des Senats da sind, zur anstehenden Einrichtung verschiedener größerer, zentraler Standorte der Registrierungs- und Erstunterbringungsinfrastruktur, wie da insbesondere die Personalbedarfe, die zur Betreuung dieser Einrichtungen entstehen, gedeckt werden und mit welchem Konzept das Personal in diese Aufgaben überführt wird.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker, danach Frau Meister! – Bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Da wir heute Wortprotokoll haben, gebe ich zu Protokoll, dass wir den Antrag der fünf Fraktionen mitgetragen hätten, hätte man uns gefragt. Da man das nicht tut, ist es halt so. Ich habe das aber in meiner Rede im letzten Plenum deutlich gemacht, dass es nicht sein kann, dass Berlin hier komplett die Verantwortung trägt, sondern dass die Unterbringung und Versorgung der Kriegsflüchtlinge letztlich eine Aufgabe ist, die wir auch nicht deutschlandweit klären können, sondern die auch einer EU-weiten Unterstützung bedarf. Jetzt ist auch völlig klar, dass wir hier in Berlin ein erster Anlaufpunkt für viele sind. Es ist auch klar, dass viele Kriegsflüchtlinge inzwischen hier bei Bekannten, Freunden, Familien untergekommen sind, viele auch wirklich Fremde aufgenommen haben und dass das natürlich auch kein Dauerzustand sein wird. Das heißt, die Bedarfe werden wir auf jeden Fall auch hier in der Stadt haben, aber es ist selbstverständlich, dass Berlin das nicht allein schultern kann; das ist völlig klar.

Für mich stellen sich zwei Fragen. Das eine war, ich meine, heute auch der Presse zu entnehmen, der Sicherheitsaspekt. Da gibt es offensichtlich eine gewisse Auseinandersetzung zwischen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, was die Registrierung anbetrifft, und der Polizei, die zur Hilfe geholt, aber wieder abbestellt wurde; so war es zumindest der Presse heute zu entnehmen. Da bitte ich um Auskunft, wie sich das tatsächlich darstellt, eben unter dem Sicherheitsaspekt, weil durchaus Leute die offenen Grenzen nutzen könnten, die dann Schwierigkeiten bereiten könnten, wenn man zum Beispiel an das Attentat auf dem Breitscheidplatz denkt. – Das ist das eine.

Die zweite Frage: Wir haben jetzt die Haushaltsberatungen, und in der Tat wird das Geld hier eine große Rolle spielen müssen; das ist klar. Wie werden die Kosten ausschauen? Da ist die Frage an den Senat, ob es möglich ist, so, wie wir eine FM- oder IKT-Titelliste haben, die flüchtlings- oder zuwanderungsbedingten Kosten einzelplanübergreifend mal in einer Liste zusammenzustellen. Das hatten wir mal vor – ich meine vier – Jahren in den Haushaltsberatungen; da war das möglich. Wenn das jetzt auch möglich wäre, wäre das großartig. Das würde einen besseren Überblick geben, gerade auch mit Blick auf die Thematik: Wie sieht es denn tatsächlich aus mit Kostenübernahmen des Bundes? An welcher Stelle könnte der Bund übernehmen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, danach Herr Walter und Herr Zillich!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich glaube, es ist absolut deutlich, dass die Zahl 20 000 jenseits dessen lag, was da auf uns zukommt und was wir bewältigen müssen und, ich denke, auch wollen. Wenn man sich das Ausmaß dieser Katastrophe anschaut und wenn man sich anschaut, wie eng die Länder in Europa zusammengedrückt sind, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, dass der Bund hier seiner Aufgabe gerecht werden muss. Das ist ja nun kein föderales Problem von Berlin; das ist, glaube ich, klar. Insofern haben wir auch den Antrag mit unterschrieben. Ich gehe davon aus, dass wir das insgesamt als Land und nicht als Berlin allein versuchen zu wuppen.

Es ist immer so: Viele Fragen stellen sich am Anfang. Das wären auch meine Fragen, also die Richtung Personalbedarfe und die alles entscheidende Frage, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen. Das ist wichtig, und ich glaube, das wird die Herausforderung sein. Da habe ich das Gefühl, dass wir nicht so furchtbar viel Luft nach oben haben aus den letzten Jahren. Selbst, wenn man überlegt, dass der Bund für Unterkunft und Versorgung vielleicht dann wirklich Kosten übernimmt, gibt es noch viele andere Herausforderungen. Dann ist es immer noch eine Frage der Integration, Bildung und allem anderen, was auch dazu gehört, damit die Menschen sich hier angekommen fühlen können.

Wir haben grundsätzlich nichts dagegen, dass wir überall schnell handeln und das machen, was humanitär geboten ist; das ist selbstverständlich. Das werden wir auch im Rahmen des Haushalts hinkriegen; damit habe ich keine Probleme. Nichtsdestotrotz will ich nicht ganz verhehlen, dass ich schon denke, dass die Herausforderung ein bisschen anders sein wird als 2015, weil es mengenmäßig eine andere Herausforderung ist und es 2015 Dinge gab – ich kann mich daran erinnern, dass wir vier, fünf Jahre später immer noch Rechnungen und Empfänger dieser Rechnungen gesucht haben –, also alles das, wo wir an Erfahrungen gewinnen können. Und was wir nicht wiederholen müssen, brauchen wir auch nicht zu wiederholen. Sonst werden wir da grundsätzlich an der Seite der Menschen sein.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Walter, danach Herr Zillich! – Bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Schneider hat es eingangs gesagt: In der Reihenfolge der Aufgaben, für die wir die Verantwortung des Bundes wollen, aber bei denen auch die Frage ist, wie wir das im Land Berlin regeln, ist die Frage der Finanzierung diejenige, die am Schluss steht. Alles andere ist vordringlicher. Und trotzdem ist sie wichtig, und sie ist in der Tat auch ein Zeichen dafür, wie der Bund insgesamt Verantwortung übernimmt und welche Signale er an die Länder und Kommunen schickt.

Wir wissen, dass das Bundeskabinett heute zusammengetreten ist, auch, um Beschlüsse zum Bundeshaushalt 2022 zu fassen. Im Moment geht gerade über die Ticker, was das so alles beinhaltet. In den letzten Minuten sind die Nachrichten erfolgt. Ich habe in den letzten Tagen der Presse entnommen, dass möglicherweise auch zur Ukraine eine Entscheidung ansteht; Stichwort war da: Ukraine-Entlastungspaket, wie auch immer. Da wurde angedeutet, was möglicherweise darin enthalten sein könnte. – Von dem, was ich gesehen habe, ist das in der Hinsicht, wie wir uns das erwünscht hätten, nicht erfolgt, nämlich dass es wenigstens in irgendeiner Form eine Zusage an die Länder und Kommunen gibt, dass in eine finanzielle Unterstützung eingestiegen wird. Im Gegenteil – ich habe das jetzt in verschiedenen Nachrichten nachgeguckt –, es werden weitere Entlastungspakete angekündigt, auch noch einmal im Zusammenhang mit der Ukraine, aber die Stichworte, die da fallen, zeigen, dass es da vor allem um die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gehen soll, was die Energiekosten angeht. Das ist völlig richtig, aber es fehlt nach wie vor das zweite Signal an die Länder und Kommunen, was die finanzielle Unterstützung angeht. Ich muss sagen, dass ich es äußerst misslich finde, dass, wenn das Bundeskabinett heute zusammentritt, um die grundlegenden Eckpfeiler für den Haushalt dieses Jahres festzumachen, diese Frage nicht beantwortet wird, obwohl sie von allen Seiten in den letzten Tagen öffentlich kommuniziert wurde. Dieser Enttäuschung will ich hier einfach mal den Raum geben und gleichzeitig die Erwartungshaltung formulieren, dass das so, wie wir das fordern und es wahrscheinlich nächsten Donnerstag im Plenum groß beraten werden, in die Agenda eingepflegt werden muss, und zwar dringlich.

Ich würde gern auch einen Bericht von SenFin auslösen, sozusagen in der Hoffnung und in dem Optimismus, dass wir entsprechende Zusagen des Bundes noch erhalten, dass, wenn da konkrete Verabredungen getroffen werden – egal, in welcher Form, ob Kabinettsbeschluss oder in der Ministerpräsidentenkonferenz oder wie auch immer –, der Hauptausschuss unterrichtet wird, wie diese finanziellen oder haushalterischen Vereinbarungen ausschauen und was sie für uns hier bedeuten.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Ich habe mich noch mal gemeldet, nachdem Frau Dr. Brinker ihren Berichtswunsch geäußert hat. Ich will dazu noch etwas sagen, weil es genau den Punkt betrifft, den ich vorher hinsichtlich der Darstellung und Veranschlagung gemacht habe. – Ich habe nichts dagegen, dass man quasi retrospektiv deutlich macht, durch welche Titel Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und -integration geflossen sind, wo so etwas bewirtschaftet wurde. Aber ich habe sehr explizit etwas dagegen, dass man das jetzt auf einer Prognose- und Veranschlagungsebene tut, weil das notwendig ein falsches Bild zeichnen muss. Denn wir können gar nicht sagen, in welchem Titel welcher Bedarf besteht. Deswegen will ich das auch, damit da nicht irgendwelche komischen Konkurrenzen zwischen irgendwelchen Bedarfen entstehen, die durch nichts unterlegt sind, in einer pauschalen Veranschlagung und in einer pauschalen Darstellung haben. – Das andere ist eine Frage der nachlaufenden Abrechnung; da kann man das gerne so machen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich jetzt erst einmal der Finanzverwaltung das Wort erteilen. – Bitte!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich finde es gut, dass über die Finanzen nur nachrangig geredet wird. Gleichwohl dachte ich, ich mache eine allgemeine, kurze Finanzeinleitung, um dann zu Ihren Detailfragen an den Kollegen Fischer zu übergeben, wenn es recht ist.

Ich beginne mal ganz hinten, mit dem, was Herr Zillich gesagt hat. Wir können im Moment keine sauberen Prognosen machen. Ich denke, in den Haushaltsberatungen wird diskutiert werden müssen, wo Schwerpunkte zusätzlich gesetzt werden, um einen Umgang mit der aktuellen Situation zu finden. Was wir selbstverständlich machen können, ist ein nachgelagertes Monitoring; das gab es auch beim letzten Mal.

Ich glaube, wir – das hätte ich selbst nicht gedacht, das als Finanzerin zu sagen – profitieren im Moment von Artikel 89: in den Handlungsfähigkeiten, in der Schnellheit, in der reagiert werden kann. Artikel 89 sieht vor, dass alle Ausgaben, die unabweisbar sind, auch getätigt werden können. Entsprechend haben wir die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, das LAF, aber auch das LEA als die Behörden, die der erste Knotenpunkt sind, den die Krise – „Krise“ sagt man immer nicht so gerne, ist auch unschön – die die Arbeitslast haben, weil die Situation ist, wie sie ist.

In einem zweiten Punkt, und das merken wir jetzt schon, sind auch die Bezirke mit massiven zusätzlichen Aufgaben betraut. Das führt zu Ausgaben, aber es erfordert auch personelle Ressourcen. Auch die Bezirke haben von der Senatsverwaltung für Finanzen eine Basiskorrektur-zusage bekommen, um jetzt schnell aufpersonalisieren zu können, insbesondere im Bereich Sozialämter. Wie Sie wissen, ist die bisherige Regelung, die wir nicht ganz optimal finden, so, dass die Menschen Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, was die Bezirke ausreichen müssen. Wir hätten uns lieber eine SGB-II-Lösung mit den Jobcentern gewünscht. Das hätte verschiedene Vorteile gehabt, ist aber nicht so. – Damit gehen wir davon aus, dass wir den Bezirken einen Rahmen gesetzt haben, in dem sie handlungsfähig werden können. Ich glaube, von dem Tempo der Entwicklung sind wir alle ein bisschen überrascht worden. Deswegen gibt es verschiedene zentrale – insbesondere im Bereich Personal – Unterstützungsangebote. Gestern hat die Regierende Bürgermeisterin an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ein Schreiben geschickt mit der Bitte, sich kurzfristig, temporär zu melden, um zu unterstützen. Es gibt einen Personalpool, den die Senatsverwaltung für Finanzen technisch aufgesetzt hat, in dem sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch längerfristig melden können, um die Stabsstrukturen von SenIAS und des LAF zu unterstützen. Wir haben die Kernbereiche, die jetzt eine massive Arbeitsbelastung haben, auch gegeben, kurzfristig temporär befristete Beschäftigungspositionen einzurichten, natürlich immer die Maßgaben nach Artikel 89 – Unabweisbarkeit, Erforderlichkeit – zu dokumentieren. Ich sehe aber auch in der politischen Bewertung keine Probleme, sodass ich glaube, dass wir zumindest eine Basisvoraussetzung haben.

Das bedeutet aber nicht, dass wir den Bund aus der Verantwortung lassen sollten, was sowohl das Finanzielle als auch das Organisatorische und die personelle Unterstützung angeht, denn, das wird sicherlich der Kollege Fischer ausführen, wir sind im Moment ungleich mehr betroffen als andere Städte oder Bundesländer. Ich glaube, wir haben eigentlich jetzt schon den Königsteiner Schlüssel voll erfüllt, übererfüllt für die Ankommenden der nächsten Wochen. Deswegen ist es auch hier zentral, dass wir handlungsfähig bleiben, was die Registrierung und Weiterleitung angeht, und dass der Bund in eine Verteilrolle kommt.

Wir sind in enger Abstimmung miteinander, auch mit dem Bereich Inneres, auch mit der Senatskanzlei, um sowohl die Kommunikation Richtung Bund vorzunehmen, aber auch alle organisatorischen Voraussetzungen zu treffen, die wir als Land Berlin treffen können, um hier bestmögliche Lösungen zu finden.

Vielleicht ein letzter, persönlicher Nichtfinanzerin-Satz: Ich finde, wir haben das bisher ziemlich gut gemacht – die Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger. – So viel vielleicht zum Thema Finanzen vorneweg. Die Berichtsaufträge habe ich mitgenommen, sowohl was das Thema Bundesfinanzierung als auch was das Thema Monitoring angeht. Wir werden auch schauen, wie wir das in den Haushaltsberatungen transparent, aber kumuliert umsetzen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich habe eine Anregung: Vielleicht können wir die Berichte beim nächsten Mal mündlich abhandeln. Mit den Haushaltsberatungen ist ohnehin viel Schriftliches verbunden.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Ich habe das so verstanden: Das Monitoring werden wir sowieso erst später machen. Vielleicht einfach noch mal zur Technik: Wir haben im Moment keinen beschlossenen Haushalt, weil Sie den noch beraten. Deswegen gibt es im Grunde auch keine gefüllten Ansätze. Deswegen können wir jetzt auch noch nicht wirklich transparent machen, was zusätzliche Ausgaben im Kontext Geflüchtete und Ukraine und was die Regelaufgaben sind. Denn im Moment ergreift jede Behörde in eigener Verantwortung aus ihren Titeln – Dienstleistungstitel, Beschaffung, und, und, und – die erforderlichen Maßnahmen.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. Ich hatte die Antwort erwartet, aber manchmal kann es doch anders kommen. – Jetzt bitte Herr Staatssekretär Fischer!

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS): Vielen Dank! – In unserer Senatsverwaltung ist es so – ich beginne auch allgemein und versuche mich dann zu den Fragen hier vorzuarbeiten –, dass wir in der 6. Kalenderwoche, also Mitte Februar, begonnen haben, uns mit dem Szenario auseinanderzusetzen: Was sind Auswirkungen einer – damals noch drohenden – Eskalation in der Ukraine? Damit waren wir vergleichsweise früh, wenn man jetzt auf den Bund schaut. Aber es ist natürlich mit Blick auf das, was uns dann alle miteinander ereilt hat, alles andere als eine Vorlaufzeit, in der man angemessene Vorbereitungen auf ein derartiges Szenario treffen kann. Denn das Szenario, das sich seit dem 24. Februar bzw. Berlin betreffend ungefähr seit dem 26. Februar, also mit einer extrem kurzen Vorlaufzeit, infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine abspielt, ist – – Ich habe keinen historischen Vergleichspunkt in der jüngeren Geschichte in Berlin, der uns eine Vorlage oder Schablone liefert, um das zu bearbeiten; auch 2015 – ich komme noch dazu – ist das nur sehr bedingt. Denn das – ich komme gleich zu den Zahlen –, was die Ankunftsahlen in Berlin angeht, stellt das Ankunfts geschehen von 2015 weit in den Schatten. In der letzten Woche hatten wir an vielen Tagen sogar über 10 000 Ankünfte per Zug am Hauptbahnhof, allein am Hauptbahnhof. Wenn Sie sich die Liegenschaft am Hauptbahnhof vorstellen, wo ohnehin ab und zu Menschen durchgehen, wenn dazu alle Stunden ein Zug mit tausend Menschen in prekären Lebenslagen ankommt, die sich weiterorientieren, die vielleicht nicht wissen, wohin, die untergebracht werden wollen, dann wissen Sie, was das für eine Liegenschaft wie den Bahnhof

heißt, was das für Menschen heißt, was das aber auch für eine Herausforderung produziert, diese Situation zu bearbeiten.

Wir haben jeden Tag mehrere Tausend Ankünfte von Personen, die mit Bussen in Berlin ankommen, teilweise mit Linienbussen, teilweise mit gecharterten Reisebussen, teilweise aber auch mit Reisebussen – die sind dann auch gechartert, aber von Leuten, von denen wir gar nicht wissen, dass sie diese Busse chartern. Für uns heißt das, dass wir abends um 12 Uhr schlichtweg die Meldung bekommen, dass jetzt sechs Reisebusse am ZOB angekommen sind und wir mit den Leuten in irgendeiner Form verfahren müssen. Das ist die Aufgabe, der sich im Wesentlichen der Krisenstab in unserer Senatsverwaltung, natürlich in der Ableitung dann die gesamte Senatsverwaltung und die Taskforce Ukraine im LAF zu stellen haben. In der Ableitung heißt das auch, dass wir inzwischen rund 1 000 Menschen pro Tag in Berlin unterbringen müssen. Das ist der Anteil derjenigen, die hier ankommen, die ihren Fuß auf Berliner Boden setzen, die dann tatsächlich um eine Unterbringung nachsuchen. Dieser Anteil sieht relativ gering aus; ich weise hier aber auf eines hin: Er steigt im Zeitverlauf.

Ich möchte hier auch sagen mit Blick auf das, was gerade passiert: Es ist wie bei jeder Flüchtlingswelle: Am Anfang kommen die Mobilen, die Jungen, diejenigen mit hohen sozialen und finanziellen Ressourcen. Das war auch hier, in der derzeitigen Situation so. Jetzt, und das ist seit ungefähr einer Woche so, kommen zum absolut überwiegenden Teil Frauen, Frauen mit Kindern, also Ein-Personen-Familien mit Kindern bzw. vulnerable Bevölkerungsgruppen, das heißt, Menschen mit Behinderungen, Frauen mit ganz kleinen Kindern, hochschwängere Frauen, Menschen mit Pflegebedarf, Verletzte. Also all das, was wir aus früheren kriegsbedingten Flüchtlingswellen kennen, spielt sich jetzt auch hier in Berlin ab und bildet sich ab in den Menschen, die kommen, und natürlich auch in den Hilfebedarfen, die wir hier leisten müssen. Das ist nicht etwas, was die Senatssozialverwaltung allein betrifft, sondern wir haben zum Beispiel in hohem Umfang unbegleitete Kinder, die hier in Berlin ankommen, bis hin zu ganzen Waisenheimen, die aus der Ukraine evakuiert werden und hier in Berlin ankommen und betreut werden müssen.

Wenn ich es einmal generalisiere, ergeben sich aus dem, was ich bisher gesagt habe, drei Lageschwerpunkte für uns, aus denen sich – ich komme dann zu den Zahlen – auch Blöcke bilden, bei denen es letztlich darum geht, dass sehr kurzfristig Entscheidungen mit finanziellen Folgen getroffen werden müssen. Der erste Lageschwerpunkt – ich gehe mal im Prozess vor – ist das Ankunftsgeschehen, vor allem am Hauptbahnhof, aber auch an den anderen Bahnhöfen, vor allem am ZOB. Um dieses Geschehen, ich hätte jetzt beinahe gesagt: in den Griff zu bekommen – das würde suggerieren, wir müssten nur auf einen Schalter drücken und hätten es im Griff –; ich sage es mal so: um den Versuch zu machen, Ordnung in die Menschenströme zu bekommen, die auf dem Bahnhof ankommen, haben wir das Konzept sehr kurzfristig entwickelt. Wir haben auf den Vorplatz des Bahnhofs, am Washingtonplatz, die sogenannte „Welcome Hall“ gestellt, die zentral die Funktion hat, den Bahnhof vom Ankunftsgeschehen zu entlasten, also die Menschen aus dem Bahnhof herauszuleiten, dort zur Ruhe kommen zu lassen und dann mit Bussen weiterzuverteilen auf Unterkünfte bzw. ins jetzige Ankunftszentrum in der Oranienburger Straße. Es steht darüber hinaus ein weiteres Wärmzelt, ein großes Wärmzelt auf der anderen Seite des Bahnhofs. Das wurde vom Deutschen Roten Kreuz errichtet. Das Zelt am Washingtonplatz haben wir in Kooperation mit der Deutschen Bahn, der Messe Berlin und der Berliner Stadtmission als Betreiberin errichtet.

Der zweite Lageschwerpunkt ist das Ankunftszenrum. Das existierende Ankunftszenrum in der Oranienburger Straße, das hier auch schon Thema war, ist auf das, was im Moment auf dieses Ankunftszenrum – ich habe Ihnen die Ankunfts zahlen genannt – zukommt, mitnichten ausgelegt. Wenn Sie sich vorstellen – ich komme auch gleich zur Frage, welche Prognose wir für das künftige Geschehen haben –, selbst wenn das, was sich jetzt abspielt, sich weiter abspielt, ist ganz klar, dass das Ankunftszenrum in der Oranienburger Straße für diese Dichte der Zuwanderung oder des Zuzugs über mehrere Monate nicht ausgelegt ist, sondern wir hatten in den vergangenen Wochen mehrere sehr kribbelige oder sehr schwierige Situationen dort am Ankunftszenrum, am Bahnhof im Übrigen auch. Der stand, um das hier auch mal zu sagen, mehrere Male kurz vor der Evakuierung, was nur durch sehr kurzfristiges gemeinsames Handeln von Innenverwaltung, Feuerwehr, Polizei und uns vermieden werden konnte. Aber auch am Ankunftszenrum hatten wir mehrere Male eine äußerst schwierige Situation, weil dort einfach zu viele Menschen auf dem Gelände sind, um sie in der angemessenen Zeit unterzubringen bzw. weiterzuleiten. Wir haben darauf mit mehreren Maßnahmen reagiert. Das Sichtbarste ist, dass wir ein großes Dorf von Wärmezelten aufgestellt haben, um den Menschen geschützte Wartebereiche mit Verpflegung zu ermöglichen und nach Möglichkeit zu verhindern, dass die Bilder, die wir von 2015 kennen, als Menschen sichtbar ohne Schutz unterwegs waren, gewartet haben, sich wiederholen. Das heißt, die Menschen werden dort in den Wartebereichen betreut, sie werden verpflegt, und man kann auch in dieser schwierigen Situation versuchen – sie können sich auch hinlegen, aber es ist nicht zum Übernachten gedacht. Aber es wurde im Prinzip ein Ort geschaffen, um mehreren Hundert Menschen ein geschütztes Warten zu ermöglichen. Aber es entbindet uns nicht von der Notwendigkeit – das auch zum Thema Prognosen –, größer zu denken.

Dann schließe ich jetzt an die Frage an, die Herr Schneider gestellt hat: Worauf stellen wir uns ein? – Das wäre eine ganz zentrale Frage, die der Bund in einer systematischen Form beantworten müsste – worauf stellt man sich ein? Wir kennen im Übrigen dieselbe Frage von 2015; daran erinnere ich mal. Genau das war auch damals ein großes Gap, sich ein gemeinsames Bild davon zu verschaffen, worauf man sich eigentlich einstellt, um möglicherweise Überraschungen geringer zu halten. Ich sage Ihnen, worauf wir uns einstellen: Wir stellen uns darauf ein, dass das gegenwärtige Ankunfts geschehen über mehrere Wochen und Monate mindestens im jetzigen Umfang anhalten muss. Die Ableitung daraus ist, dass wir, um den Hauptbahnhof zu entlasten – Lageschwerpunkt eins – und das Ankunftszenrum nicht zusammenbrechen zu lassen, ein weiteres Ankunftszenrum in sehr kurzer Zeit in Betrieb nehmen müssen, ein Ankunftszenrum, das nur für Erstankünfte aus der Ukraine da ist. Dieses Erstankunftszenrum muss dann auch die Funktion des Ankommens, Registrierens, Bleibens, wenn die Verteilung nach Berlin erfolgt, aber auch der Weiterverteilung ins Bundesgebiet, wenn die Verteilung nicht nach Berlin erfolgt, übernehmen. Das ist im Wesentlichen der Prozess, der in diesem Ankunftszenrum durchgeführt werden soll. Das ist jetzt in einem Satz ein Prozess beschrieben, der letztlich von mehreren Hundert Menschen pro Tag bewerkstelligt werden muss und den wir auch nur dann gesichert hinbekommen, wenn die Weiterverteilung funktioniert.

Damit komme ich zu dem, was unsere Erwartungshaltung vor allem an den Bund ist. Das Thema Weiterverteilung, davon hängt es ab, dass dieses System funktioniert. Aber wir bereiten uns darauf vor, und so ist das Ankunftszenrum in der Aufskalierung ausgelegt, dass wir 10 000 Menschen am Tag dort im Ankommen, im Registrierungsprozess, in der zeitweisen Unterbringung, wenn sie hier bleiben, bzw. in der Weiterverteilung willkommen heißen kön-

nen bzw. ihnen dann auch entweder eine kurzfristige Unterbringung oder die sichere Weiterleitung mit einer gesicherten Perspektive ermöglichen müssen. – Das ist das, wovon wir ausgehen: Wir gehen von einem mindestens gleichbleibenden Ankunfts-geschehen aus. Es gibt Prognosen – das möchte ich hier auch nicht verschweigen –, die von einer deutlichen Zuspitzung ausgehen, aber das hängt im Wesentlichen davon ab, was sich in der Ukraine abspielt. Ich teile aber ausdrücklich das Bild, dass wir davon ausgehen müssen, dass die Kriegführung Russlands, die Kriegführung von Putin genau auf das abzielt, was sich gerade bei uns abspielt. Insofern sind wir alle sehr gut beraten, uns auf das Schlimmste einzustellen, nämlich – – – [Christian Hochgrebe (SPD): Ich kann jetzt gar nichts mehr hören!] – Entschuldigung! – Insofern sind wir alle sehr gut beraten, uns auf das Schlimmste einzustellen. Ich hatte gesagt: Die Kriegführung Russlands, die Kriegführung Putins zielt genau auf das ab, was wir gerade erleben, nämlich die Inangansetzung, die Vertreibung von Menschen – Fluchtwellen. Insofern sind wir gut beraten, uns auf das Schlimmste einzustellen. – Das zum Thema Ankunfts-zentrum Tegel.

Der dritte Lageschwerpunkt ist die Unterbringung – ein klassisches Berliner Thema. Sie wissen, dass unsere Situation hier in Berlin schon vorher nicht unangespannt war; auch hier ist es ein Dauerthema, in fast jeder Sitzung. Dennoch sind wir zuerst so vorgegangen, dass wir aus dem Bestand alles an Reserven mobilisiert haben, was wir an Unterbringungsreserven aus dem System erbringen konnten. Das allerdings hat uns nicht mehr als wenige Tage getragen, sodass wir dann breitflächig auf der Basis eines vereinbarten Kostenrahmens – so viel auch zum Thema Folgen von 2015 bewältigen oder Konsequenzen aus den Problemen von 2015 ziehen – in die Anmietung, vertragliche Bindung vor allem von Hostels gegangen sind, um Menschen kurzfristig unterzubringen. Im nächsten Schritt sind wir in der letzten Woche dazu übergegangen – wie gesagt, 1 000 Plätze pro Tag sind ein Brett, das man erst mal schaffen muss –, dass wir großflächige Unterbringungskapazitäten an den Start bringen mussten. Der prominenteste Ort, den Sie sicher aus den Nachrichten kennen, ist die Messe, also die Messehallen, die wir belegen mussten. Ich sage es ausdrücklich – jede und jeder, die bzw. der dort war, wird verstehen, wenn ich das sage –: Unser Ziel, und das haben wir bisher auch erreicht, ist es, dass niemand mehr als eine Nacht dort sein muss, sondern dass die Menschen, die dort kommen, am nächsten Tag weiterverteilt werden, vor allem in andere Bundesländer – das System kommt langsam in Gang, aber zu langsam – oder eben in andere Unterkünfte. Denn eine Unterkunft wie die Messehalle ist nur in einer absoluten Notsituation zu rechtfertigen. Darüber hinaus geht seit Samstag schrittweise Tegel, also das, was später im vollen Umfang das Ankunfts-zentrum sein soll, jetzt der Unterbringungsteil an den Start, damit wir dort auch Menschen unterbringen können.

Zu dem, was das, was ich Ihnen hier beschrieben habe, an finanziellen Folgen auslöst, haben wir Ihnen eine vertrauliche Vorlage für den Datenraum zugeleitet, schon für diese Sitzung. Sie müsste heute Vormittag, heute im Laufe des Tages bei Ihnen sein. – Ich sehe Ihr Stirnrunzeln. Das heißt, es ist vermutlich noch nicht bei Ihnen angekommen. Das Bild, den jetzigen Stand Ihnen in Zahlen zu unterlegen – das tue ich auch gleich –, hat natürlich etwas von Regentropfen während des Gewitters zählen, weil wir uns, und damit kommt man zum Thema Haushalt, darauf einstellen müssen, dass wir hier ein Projekt – ein Projekt! –, eine Herausforderung vor uns haben, die den Haushalt in erheblichem Umfang belasten wird. Allein das, was wir jetzt ausgelöst haben, löst laufende Kosten von 26 Millionen Euro aus. Das heißt nicht, dass die für immer laufen. Frau Borkamp hat es gerade gesagt: Die Vorgaben der vorläufigen Haushaltswirtschaft gelten auch für uns; die haben wir auch eingehalten. Das heißt,

wir gehen hier Verpflichtungen ein, aus denen wir nach Möglichkeit wieder herauskommen. Der wesentliche Block in den laufenden Kosten ist aber Tegel, also das Ankunftszentrum in Tegel. Hier wiederhole ich etwas, das hier schon gesagt wurde: Wir gehen letztlich in Vorleistung für Dinge, die der Bund tun muss.

Gestern hat Herr Knaus, ein bekannter Migrationsforscher, auf „Zeit online“ einen äußerst lesenswerten Artikel veröffentlicht. Er geht im Wesentlichen von der These aus, dass wir hier von einer historischen Flüchtlingswelle reden, und die zentralen europäischen Einfalls- oder Eingangstore werden Wien und Berlin sein – das sagt er klar und deutlich. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, dass Tegel, wenn diese Prognosen stimmen, von erheblicher Bedeutung sein wird, um Ordnung in diese Zuwanderungs- bzw. Flüchtlingsströme zu bekommen, auch Gefährdungen für die Menschen abzubauen. Das hat tatsächlich etwas damit zu tun, dass man den Menschen schnell einen geschützten Raum gibt, auch zum Weiterkommen. Unsere deutliche Erwartung ist, dass uns der Bund bei dem, was wir in Tegel vorhaben, unterstützt, nicht nur finanziell, sondern auch personell.

Jetzt komme ich zu der Frage, die der Kollege von den Grünen, Herr Schulze, gestellt hat: die Personalbedarfe im AkuZ. Dort müssen wir davon ausgehen: Wenn wir tatsächlich 10 000 Menschen am Tag registrieren wollen, brauchen wir dafür rund 400 Personen, also 400 Stellen im Schichtbetrieb. Das skaliert natürlich schrittweise auf. In der ersten Phase werden uns hier Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten unterstützen, darüber hinaus die Polizei. Es gibt als dritten Schritt den Aufruf an das Landespersonal, sich hier zu melden, weil das eine Tätigkeit ist, die man nach einer Anlernung durch unsere Kolleginnen und Kollegen – wir haben Prozessspezialisten für den Registrierungsprozess; in sehr kurzer Zeit kann man Menschen anlernen – selbst vorzunehmen kann. Es ist allerdings so, dass man diesen Prozess – – Es sind zwei Prozesse, die technisch hintereinanderliegen. Das eine ist der Zuweisungsprozess. Da wird der Pass kurz eingelesen, oder die Stammdaten werden aufgenommen, und dann wird eine Entscheidung getroffen, welchem Bundesland die Menschen zugewiesen werden. Der zweite Schritt ist dann die sogenannte PIK-Registrierung; das ist die biometrische Erfassung. Das eine dauert zwei Minuten, das andere ungefähr eine halbe Stunde – bloß, um die zwei Prozesse auseinanderzunehmen. Unser Ziel ist es, dass alle nach EASY verteilt werden, also dass der EASY-Verteilungsschritt für alle erfolgt und dann nur diejenigen in Berlin registriert werden, die hierbleiben. Das ist eine Vorgehensweise, die in Bundesländer-Besprechungen, die mittlerweile täglich stattfinden, auch so abgesprochen wurde. Das ist so auch aus Sicht des Bundes in Ordnung. – Also Amtshilfe der Bundeswehr und der Polizei in der ersten Phase, Hilfe durch das Landespersonal in der zweiten Phase, und dann muss natürlich für eine begrenzte Zeit in dem Umfang eine Aufpersonalisierung erfolgen, um das dauerhaft – nicht dauerhaft, sondern für die Zeit des Betriebs, befristet mit Personal zu unterstützen.

Dann war die Frage nach der Sonntagsregistrierung. Ich habe den Artikel auch gelesen. Ich gebe zu, ich habe nicht alles nachvollziehen können. Es deckt sich nicht alles mit Fakten, die ich kenne. Wir sind in wirklich enger Abstimmung mit dem LEA bzw. der Innenverwaltung zu den Fragen der Registrierung und der Erteilung des Aufenthaltstitels, weil das tatsächlich eine ganz zentrale Frage ist, wo wir schlichtweg mit darüber entscheiden, wie die Leute, die jetzt schon in der Stadt sind – wir müssen fest davon ausgehen, Frau Borkamp hat es vorhin mit Bezug auf den Königsteiner Schlüssel gesagt, dass bereits mehrere Zehntausend Menschen aus der Ukraine in der Stadt sind –, in das System geholt werden können. Das bedeutet, erst mal registrieren, beziehungsweise werden sie vorher schon um Leistungen nachsuchen. Das sind die Bilder, die Sie vermutlich alle schon kennen, von den Berliner Sozialämtern. Die Menschen sind also nicht einfach weg, sondern sie tauchen jetzt vor den Sozialämtern, im LAF und LEA auf, um sich registrieren zu lassen und dann auch Aufenthaltstitel zu bekommen. An diesem Sonntag gab es tatsächlich den Fall, dass für einen Tag – – Es ist nicht die Registrierung dauerhaft eingestellt worden. Es ist auch nicht gesagt worden, dass die Polizei wegbleiben soll. Wir sind extrem dankbar für die Hilfe der Polizei und der Bundeswehr; das sage ich hier ausdrücklich. Es gab aber an diesem einen Tag schlichtweg nicht ausreichend Personal im LAF, um an diesem Sonntag die Registrierung fortzuführen; die Kräfte der Polizei allein können das in dem Fall nicht tun. Das war der Grund. Das haben wir selbst bedauert. Es ist aber eine Hürde, über die man an manchen Stellen, auch in dieser Situation, nicht springen kann; die Sonntagsarbeit meine ich jetzt. – Punkt.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Wir bekommen dann die Vorlage in den Datenraum, ja? – Gut, okay, vielen Dank! – Mir liegen jetzt vier weitere Wortmeldungen vor, und zwar in der Reihenfolge: Herr Goiny, Herr Bauschke, Frau Meister und Frau Dr. Jasper-Winter. – Zunächst Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank erst mal für die Lageeinschätzung aus Sicht des Senats! Vielleicht können Sie auch noch erläutern, worin die Notwendigkeit besteht, diese Vorlage in den Datenraum einzustellen und nicht als normale oder normal vertrauliche Unterlage hier dem Parlament zur Verfügung zu stellen.

Ich will einmal anknüpfen an dem, was der Kollege Schneider gesagt hat. Ich teile in weiten Teilen das, was er gesagt hat. Es ist natürlich eine nationale Aufgabe. Wenn es denn eine solche ist, dann ist sie wahrscheinlich noch größer, als vom Kollegen Schneider hier skizziert wurde. – Herr Staatssekretär! Sie haben gerade gesagt, dass der Vernichtungskrieg Putins in der Ukraine zum Ziel hat, nicht nur die die Leute vor Ort zu terrorisieren, sondern auch zu vertreiben und damit indirekt eine Wanderungsbewegung in Gang zu setzen, die Auswirkungen auf unseren Alltag hat. – Dann stellt sich schon die Frage, ob es das Einzige bleiben muss, das wir von Putin und seinem System noch zu erwarten haben. Das heißt, wir werden nicht damit hinkommen, dass wir jetzt wie 2015 einfach sagen, wir stellen Geld zur Verfügung, packen das in ein paar Sammeltitel und gucken dann, was der Bund uns noch gibt, wie wir es bei Corona gemacht haben. Wir haben mit 2015 und der Coronapandemie Erfahrungen mit der Finanzierung von besonderen Situationen gesammelt, im Guten wie im Schlechten. Wir können nicht einfach an diesen Situationen, wie es damals war, anknüpfen. So ein Sammeleinnahmen- und -ausgabentitel wird nicht gehen. Wir müssen unseren Haushalt schon noch einmal ganz anders anschauen.

Da geht es natürlich einmal um die humanitären Aspekte. Ich weiß, wovon da die Rede ist. In meinem Familienkreis wurden zwei ukrainische Frauen aufgenommen; ich bin selbst involviert in verschiedene Hilfs- und Rettungsaktionen, bei denen Menschen aus der Ukraine, auch Waisenkinder, hergeholt werden sollen. Ich weiß also, was das für Not und Elend ist. Dass das natürlich ganz vorne steht, hier zu helfen und zu unterstützen, ist ganz klar. Übrigens auch ein Angebot: Ich weiß gar nicht, ob es einen Überblick gibt, wie viele Menschen aus der Ukraine inzwischen privat untergekommen sind, die gar nicht in den Einrichtungen, die Sie eben aufgeführt haben, erwähnt wurden, die mit Privatinitiativen hergeholt wurden, die durch private Initiativen von Bahnhöfen abgeholt und untergebracht wurden und die übrigens auch – vielleicht als Bitte, das mitzunehmen – darüber klagen, dass es für sie keine richtige Anlaufstelle bei der Verwaltung gibt, bei der man nachfragen und nachhaken kann. Das betrifft auch Berlinerinnen und Berliner, übrigens auch Menschen aus Brandenburg, die hier insbesondere, überwiegend Frauen aufgenommen haben und jetzt auch einen Kontakt zur Verwaltung brauchen. Sie gehen nicht gleich in die Ankunftszentren, und sie werden auch nicht mit denen hintransportiert. Da gibt es also auch noch ein Problem.

Hier gibt es einen großen Handlungsbedarf, und das ist auch eine Managementfrage. Da muss man darüber nachdenken, ob und wie die Ressourcen in dieser Stadt momentan so gut gebündelt sind. Es ist keine finanzielle Frage – es ist aber auch eine finanzielle Frage; am Ende müssen wir natürlich wissen, wie und woher wir das bezahlen. Da kann ich es nur unterstützen, dass wir den Bund in der Verantwortung sehen. Wir haben es schon bei Corona falsch gemacht. Statt damals die ganzen Finanz- und Wirtschaftshilfen über die Finanzämter zu organisieren, haben wir es umständlich über die Wirtschaftsverwaltung gemacht und rennen heute noch den Abrechnungen hinterher. Insofern wäre es vielleicht schlau, so etwas eher über SGB-II-Leistungen zu machen. Da ist wieder eine komplizierte Rechtskonstruktion zu wählen, nur weil auf Bundesebene sich das wieder jemand falsch ausgedacht hat. Insofern teile ich diese Kritik.

Was wir im Haushalt machen müssen, ist, nicht nur die Unterbringung, Betreuung, Gesundheitsversorgung der Menschen sicherzustellen, am Ende Bildungsangebote für die Kinder zu machen, die hier sind, in Deutsch, Ukrainisch, Englisch, mehrsprachig, ist mir ganz egal – das muss sich auch im Haushalt abbilden, das müssen wir auch machen. Wir haben die ganzen Jahre unseren Katastrophenschutz, unsere Ehrenamtlichen, unsere Rettungsorganisationen, die wir haben, DRK und viele andere, nicht gut behandelt, schlecht ausgestattet. Wenn man überlegt, wie Tausende Ehrenamtliche im Grunde genommen dafür sorgen, dass wir solche Situationen bewältigen können, dann muss man natürlich auch im Rahmen von Haushaltsberatungen – jetzt noch relativ zu Beginn einer Wahlperiode – einmal darüber nachdenken, wie wir den ganzen Bereich so ausstatten, dass er nicht sozusagen bis zum Letzten in der Lage ist, so etwas zu bewältigen, sondern dafür auch ordentlich ausgestattet wird. Das hat viele Facetten. Das müssen wir machen.

Um die soziale Infrastruktur müssen wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen auch kümmern, was das bedeutet. Es gab bis vor Kurzem immer noch Leute, auch in der Koalition, die gesagt haben: Wohnungsbau ist nicht das alleinige Mittel der Wahl. – Aber vielleicht erkennen wir doch, dass ein verstärkter Wohnungsbau mehr nötig ist als zuvor und es vielleicht auch mal nicht zehn Jahre dauert, bis hier irgendein Bauvorhaben fertiggestellt ist, sondern wir uns gemeinsam überlegen, wie es in der Hälfte der Zeit höchstens geht oder andere Dinge schneller gehen und ob das MUF-Konzept noch funktioniert. Ich meine, da haben wir Zigmil-

lionen Euro ausgegeben für relativ wenig Wohnraum, der auch noch quer in der Landschaft steht und am Ende keinen Beitrag zur Integration von Geflüchteten darstellt. Auch das gehört aus meiner Sicht mit auf den Prüfstand. Die Verwaltung müssen wir da auch noch mal anders aufstellen und ausstatten. Ich bin immer begeistert, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sich hier mit aufstellen und einbringen. – Das ganze Thema Sicherheitsresilienz, Schutz von kritischer Infrastruktur in dieser Stadt: Was müssen wir denn da noch machen? Reicht es, davor zu warnen, dass wir jetzt nicht mehr Kaspersky verwenden dürfen, oder müssen wir im Land Berlin an dieser Stelle ein bisschen mehr machen?

Ich glaube, da gibt es ein ganzes Bündel von Dingen, die man am besten in den nächsten Wochen und Monaten im Rahmen der Haushaltsberatungen im Lichte der neuen politischen Entwicklungen noch mal bewertet – und sich der Senat Richtung Mai noch mal verständigt und im Rahmen einer Nachschiebeliste die ganzen Bereiche, die eine zusätzliche Notwendigkeit der Finanzierung erkennen lassen, uns hier unterbreitet, damit wir dann genau wissen, wo die Bedarfe und Handlungsnotwendigkeiten sind. Bis dahin hat sich hoffentlich geklärt, was der Bund alles an Verantwortung endlich mal übernimmt und dass er dem gerecht wird. Ich glaube, das ist angemessener, als in dem damals für uns überraschenden, notgedrungenen Verfahren von 2015 zu arbeiten, dass wir sagen: Hier ist das Geld, und da sind die drei Ausgabetitel! – Das ist nach unserer Auffassung dieses Mal nicht angemessen, unter den Aspekten, die ich eben versucht habe zu skizzieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Bauschke, danach Frau Meister! – Bitte!

Tobias Bauschke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Nach dem wilden Ritt von Herrn Goiny durch nahezu alle Themen versuche ich, es vom ganz Großen wieder in zwei, drei ganz konkrete Punkte zu bekommen. Ich glaube, die große Aufgabe hat jeder erkannt, und da stehen alle Berlinerinnen und Berliner bereit, auch hier in diesem Haus, alles zu tun, um den geflüchteten Menschen irgendwo helfen zu können. Ich habe zwei, drei ganz konkrete Sachen; einmal zum Thema Registrierung: Können Sie sagen, wie viele aktuell registriert werden? Sie haben gesagt, die Zielsetzung wären 10 000 Menschen. Wie ist der aktuelle Stand? Wie ist aktuell die Personalauslastung? Also wie viele Stellen arbeiten momentan konkret an der Registrierung?

Ein Punkt, der mir bei allen Besuchen ständig nahegebracht wird, ist die medizinische Versorgung. Da beginnt es zum Teil schon bei den Duschkapazitäten, dass die Leute, wenn sie vier, fünf Tage auf der Flucht waren und dann in der Messe eine Nacht unterkommen müssen, was wirklich nicht schön ist – wenn man einmal nachts durch diese Messehalle geht, dann läuft es einem schaurig den Rücken herunter –, zumindest duschen können, wäre meine Anfrage. Gibt es da Planungen, gibt es da Kapazitäten? Ist das in Tegel schon miteingerechnet?

Ich höre, dass die medizinische Versorgung insgesamt, auch die Ärzte, immer noch eine Problematik ist. Wir haben ja die Kostenübernahme bei Medizinprodukten, bei denen das Land Berlin schon gesagt hat, dass man die Kosten vorerst übernimmt. Die Versorgung soll aber sehr schlecht sein, beziehungsweise steht gerade wenig medizinisches Personal zur Verfügung, und immer den Notruf auszulösen, ist auch keine Lösung.

Für mich ist eine Frage – da können Sie sicher Klarheit bringen –: Wenn wir nach EASY verteilen, dann verteilen wir schon, nachdem die Menschen einen Status haben. Die große Problematik, die ich für mich verstanden habe, ist, dass die Leute aktuell im Grunde als Touristen einreisen, wir gar keine Verteilungsmöglichkeit haben, sondern über die Freiwilligkeit gehen müssen. Wenn wir die Registrierung dann erst in den anderen Bundesländern vornehmen, führt das dazu, dass wir auch wieder auf die Freiwilligkeit setzen müssen. Denn da kommt, zumindest für mich, aber klären Sie mich bitte auf, einer der großen Punkte, wo es dann irgendwann mal schwierig wird. – Sie haben Herrn Knaus schon zitiert; er geht von 10 Millionen Menschen aus. Ich glaube, das, was noch auf uns zukommt, können wir uns insgesamt noch gar nicht ausmalen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, danach Frau Dr. Jasper-Winter und Herr Schneider!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – In einem Punkt wollte ich noch einmal Herrn Goiny unterstützen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das mit dem Datenraum fangen wir erst gar nicht an. Wir haben alle Vorlagen, die das Thema Flüchtlinge betreffen, im vertraulichen Rahmen abhandeln können, und ich glaube, das können wir hier auch machen; dazu brauchen wir nicht den Datenraum.

Gemeldet habe ich mich aber wegen zweier anderer Fragen, und zwar sagten Sie, es sind jetzt Briefe herausgegangen, weil man 400 Menschen sucht, die sich persönlich bereit erklären, da zu helfen. Jetzt ist das immer so eine Sache. Ich persönlich komme nicht aus der Verwaltung, sondern eher aus einem Unternehmen. Wir haben 127 000 Mitarbeiter in der Verwaltung in Berlin, viele verbeamtete. Wie schnell darf man denn da auf Umsetzung und Bereitschaft hoffen? Wie weit darf man da motivierend eingreifen, um das mal so zu formulieren?

Dann habe ich noch eine Frage: Ich denke, jeder hofft darauf, dass wir morgen aufwachen, und alles ist vorbei, und es herrscht Frieden. Wenn das jetzt nicht so ist: Ich habe mir gedacht, wenn jeder Zweite auf die Flucht geht, heißt das am Ende, dass wir nur in Berlin, noch gar nicht verteilt auf andere Bundesländer, denn wir werden, auch wenn es eine Verteilung geben wird, auch im privaten, im persönlichen Bereich sicher eine Stadt bleiben, wohin viele Menschen flüchten werden, im niedrigen siebenstelligen Bereich liegen. Was heißt das denn dann für die Unterkunft? Selbst wenn ich mir vorstelle, dass wir ganz schnell bauen, nicht 27 Jahre über einen Bebauungsplan nachdenken, sondern wirklich versuchen, richtig schnell zu bauen, war es auch bei den MUFs – ich finde die nicht so schlecht – so, dass wir in den letzten fünf Jahren, glaube ich, 25 MUFs auf die Reihe bekommen haben. Das ist nicht ausreichend, in keiner Form. Die Menschen werden dann auch nicht in Zelten leben können. Gibt es Möglichkeiten, Ideen? Sagen Sie, dann machen wir erst das, und dann greift das? Gibt es dort einen Plan, sodass Sie sagen, wir könnten dem auch in der Unterbringung Herr werden?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Jasper-Winter, danach Herr Schneider!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Zwei kurze Nachfragen, anknüpfend an die Personalfrage meiner Kollegin Sibylle Meister: Sie erwähnten ganz zu Beginn die bezirklichen Sozialämter. Inwieweit ist da geplant, vom Personalpool die Bezirke zu unterstützen? Denn die Sozialämter sind jetzt, auch unabhängig von der Registrie-

rung, personell milde gesagt gefragt, wenn nicht gleich fast überlaufen. Was ist da geplant? – Das wäre die eine Frage.

Die andere Frage ist, dass viele Menschen, auch die, die in Berlin bleiben möchten und können, schnell in Arbeit gelangen wollen, und da spielt auch die Verwaltung eine Rolle im Hinblick auf die Anerkennung beruflicher Abschlüsse. Wir haben immer noch lange Wartezeiten bei den Gesundheitsfachberufen aufgrund von Personalmangel oder Stellen, die nicht besetzt sind in der Verwaltung. Haben Sie da schon Überlegungen, inwieweit man den Bereich so stärken kann, dass man die Menschen schnell in Arbeit bringt? Das entlastet letztlich auch wieder die öffentlichen Ausgaben und Kassen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider, danach Herr Zillich!

Torsten Schneider (SPD): Die Debattenbeiträge und Fragen sind alle berechtigt, in verschiedener zeitlicher Abfolge aus meiner persönlichen Sicht, aber die Fragen sind ja auf dem Tisch. Eine Frage war: Haben wir einen Überblick, wie viele privat untergekommen sind? – Tatsächlich werden wir den nicht haben, aber ausrechnen werden wir ihn können. Wenn wir wissen, wie viele in Berlin ankommen, wenn wir – zweitens – wissen, wie viele wir weiterleiten konnten, und – drittens – wissen, wie viele wir selbst untergebracht haben, dann bleibt der Rest im privaten Sektor, weil momentan niemand als obdachlos gilt. Das wird schon eine sehr große Zahl sein, und das ist eben Berlin, das ist die Berliner Bevölkerung. Es hat mich beeindruckt, dass da Menschen, ich rede jetzt von wohlwollenden Menschen, mit Schildern und dastehen und sagen: Wir nehmen eine Frau und zwei, drei Kinder auf – oder was auch immer. Also mich hat es sehr beeindruckt, dass das so läuft. Jetzt hat der Kollege Goiny auch berichtet. Wir kennen auch solche Beispiele aus unserer Fraktion. Da sitzen sogar Kollegen hier mit im Saal, die sich in dieser Weise engagieren.

Dann wurde zum Sozialamt gefragt – und da bin ich schon wieder beim Bund. Wir haben jetzt gehört, es gibt konzeptionell die Überlegung: SGB II, Bundesrecht. Es gibt konzeptionell die andere Überlegung: Asylbewerberleistungsgesetz, Bundesrecht. Der Kollege der FDP hat vollkommen richtigerweise gesagt, dass das ungeklärt ist. Bisher sind das Touristen mit einem 90-Tage-Visum, und in Berlin haben wir das auf 180 Tage gesetzt, einfach durch Allgemeinverfügung anders entschieden. Wenn das so ist, dass das Touristen sind, dann gilt weder das SGB II noch das Asylbewerberleistungsgesetz; da gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf irgendetwas. Nun sitzen wir hier als verantwortungsvolle Menschen und Volksvertreterinnen und Volksvertreter und sagen einfach nur: Das kann ja nicht sein! – Und es wird auch nicht so sein. Soll jetzt das Landesparlament – aus parlamentarischem Selbstverständnis – oder noch die Verwaltung entscheiden, welches Bundesrecht denn jetzt gilt, und ob überhaupt? – Das ist doch vollkommen absurd. Natürlich muss der Bundesgesetzgeber entscheiden, wie er es gern hätte; zumindest muss er es mal öffentlich sagen. – Ich habe etwas gehört vom ESAY-Verfahren. Im SGB II gibt es kein EASY-Verfahren. Das gibt es, wenn es Asylbewerber sind. Das sind sie aber offensichtlich nicht; derzeit sind es ja Touristen. – Das ist die rechtliche Situation, in der wir uns bewegen. Jetzt reichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in bezirklichen Sozialämtern Geld aus – das wird ja passieren, ist doch logisch –, ohne zu wissen, auf welcher Rechtsgrundlage. Sie können formal Touristen kein Geld ausreichen, das wissen wir doch. Das muss doch mal jemand verstehen in der MPK, die morgen tagt, dass das zu klären ist.

Das geht bis hin zu der Tatsache, dass wir alle gehört haben – ich vergesse jedes Mal den Ortsnamen, wahrscheinlich bleibt das dauerhaft so, obwohl mich die Regierende Bürgermeisterin schon zweimal darauf hingewiesen hat –, dass da irgendwo hinter dem Wald uns Menschen hierher geschickt wurden, genau wegen dieser Rechtsfrage – zurückgeschickt wurden, traumatisierte Geflüchtete, weinende Mütter, wie auch immer; ich werde mir das nicht merken, fahrlässig und absichtsvoll gleichzeitig – Paradoxon. Und das kann doch nicht sein. Das ist kein Kleinkram. Die Welt verfolgt eine Strategie im Umgang mit einem imperialen Aggressor, und diese Strategie wird hier nachhaltig erschüttert, wenn diese Frage nicht geklärt wird, weil sie eben nicht nur aus den beiden Aspekten Militär und Wirtschaft besteht, sondern auch aus dem dritten Aspekt: dem Umgang mit diesen Millionen Menschen. Das ist der Punkt. Der Rest, da pfeifen wir drauf. Wir werden natürlich diesen Menschen Geld geben. Kein Parlament und mutmaßlich auch kein Gericht wird jemanden zur Rechenschaft ziehen, weil er jetzt auf den falschen Knopf gedrückt hat, nur weil das niemand auf der Bundesebene entscheidet. Es kann ja auch sein, dass ich jetzt das Übereinkommen zum UNHCR von 1967, das letzte, so lese, dass ich sage: Die bekommen alles, was auch deutsche Bürger bekommen. – Das steht da nämlich drin. Ich rede jetzt nicht von § 24 – Aufenthaltsstatus –, sondern vom Artikel 24. Was ist denn dann? Wer will mir das verbieten, wenn es doch eine so ungeklärte Frage ist? Bei Corona hat der Bundestag einen Beschluss gefasst, nicht nur um die Notlage festzustellen, sondern wir haben auch die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt und Kredite aufgenommen, auch Berlin, über 7 Milliarden Euro, Bayern noch ganz andere Zahlen, Nordrhein-Westfalen mit einer Tilgung von 99 Jahren – das weiß ich noch, weil wir darum politisch miteinander gerungen haben.

Und nun? Was machen wir denn jetzt? Jetzt bin ich bei der von mir ausdrücklich als Sekundärfrage bezeichneten Frage. Auch das ist Bundesrecht. Am Ende – politisch, vorläufig – schätze ich nur ein: Wer die Verfassung ändern will, der wird auch am Umgang mit dieser existenziellen Frage und am Umgang mit den Ländern gemessen, denn das braucht den Bundesrat.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich, danach Frau Klein!

Steffen Zillich (LINKE): Um es mal zu illustrieren: Es ist uns derzeit untersagt, Mittel aus der Coronarücklage für die Bewältigung der Anforderungen für die Flüchtlinge zu verwenden – [Zuruf: Von Verfassungs wegen!] –, von Verfassungs wegen. – Einigermaßen gaga! Aber das adressiert auch den Klärungsbedarf, den es da logischerweise geben muss.

Kollege Goiny! Ich will aber – vielleicht muss die Finanzverwaltung da mal einen fassbaren Vorschlag machen – noch mal auf die Frage, wie man es etatisiert, eingehen. Ich halte es politisch für fahrlässig, den Eindruck zu erwecken, man könne bis in jeden Bezirkshaushalt hinein die einzelnen Titel beschreiben, wo ein Bedarf entsteht, und den auch noch der Höhe nach prognostizieren. – [Christian Goiny (CDU): Habe ich doch nicht gesagt!] – Na gut, okay, dann müssen wir gucken, worüber wir genau reden. Ich halte es selbst zwischen den Hauptverwaltungen für fahrlässig, das einfach so zu machen. Das wird man sich genau angucken müssen. Wie gesagt, na klar, muss es vernünftig abgerechnet werden. Aber ich glaube tatsächlich, dass wir da zu einer zentralen Veranschlagung kommen müssen, denn ansonsten werden wir in die Situation treten, dass wir über die Veranschlagung in Konkurrenz entscheiden zwischen unterschiedlichen Bedarfen, die wir der Höhe nach noch gar nicht kennen können. Es ist doch klar, dass in dem Moment, in dem ich die Mittel aufteile, sie auch in Konkur-

renz zueinander treten. Das halte ich nicht für eine sinnvolle politische Entscheidung, wenn wir sie in dieser Art und Weise treffen sollten. Deswegen bin ich stark dafür, dass wir hier zu einem pauschalen Verfahren kommen. Wir können trotzdem eine politische Auseinandersetzung darüber führen, das ist auch sinnvoll, über Standards, Schwerpunkte und Ähnliches. Nur ist das Mittel der Haushaltsveranschlagung im Moment, an diesem Punkt kein vernünftiges, genau diese Auseinandersetzung zu führen. Selbstverständlich – aber gut, auf das andere, das Sie illustriert haben, muss man jetzt nicht eingehen; das war tatsächlich eine Illustration. Ich glaube, die Senatsverwaltung für Finanzen wird dann mal einen Vorschlag für die Systematik unterbreiten, wie wir das möglicherweise machen können; der muss aber den nötigen Spielraum bieten und darf vor allen Dingen nicht den Eindruck einer falschen Prognosesicherheit erwecken.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich habe noch vier Wortmeldungen vorliegen. – Frau Klein, danach Herr Schlüsselburg. – Bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Danke, Frau Vorsitzende! – Die Krise, die Vertriebenen, die Flüchtlinge – das alles, diese Auswirkungen, passiert jetzt unglaublich schnell. Diese Schnelligkeit trifft auf einen – wir haben das immer so genannt – Tanker Verwaltung, der im Grunde nicht ganz so beweglich ist, wie man sich das vielleicht manchmal wünscht oder erhofft. Aber wir müssen den Tanker Verwaltung, was den Schutz der Menschen betrifft, sozusagen zum Tanzen bringen, damit er schnelle Pirouetten drehen kann, und das auch mit Unterstützung des Parlaments. Darunter müssen wir versuchen, die Dinge zu betrachten.

Ich möchte noch eine Spezialfrage stellen, angeschlossen an Frau Meister und Frau Jasper-Winter mit dem Personal. Ich wollte noch mal unterscheiden: Es gibt Menschen, die vielleicht Interesse haben, befristet für einen Zeitraum in die Registrierung zu gehen. Was gibt es denn eigentlich für Möglichkeiten im öffentlichen Dienst mit der Abordnung oder Umsetzung? Wie schnell kann so etwas gehen? – Dann habe ich festgestellt, dass sich auch Menschen im öffentlichen Dienst vorstellen könnten, einen Teil ihrer Wochenarbeitszeit zu unterstützen, dann vielleicht auch nicht nur bei der Registrierung, sondern auch bei allen anderen Dingen, die jetzt auf uns zukommen, vielleicht sogar auch im Sozialamt oder Ähnliches. Gibt es da eigentlich eine Möglichkeit, dass man versucht, seinen eigenen Job, den man zu tun hat, noch ein bisschen herunterzufahren, da das Notwendigste tun kann und muss und dann mit der anderen Hälfte seiner Arbeitszeit woanders unterstützen kann? – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schlüsselburg, danach Herr Hochgrebe!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Goiny! Zu Ihren Einlassungen in Bezug auf eine bessere – ich nenne es mal so, aus Ihrer Perspektive – Veranschlagungstechnik für das, was wir jetzt haushalterisch abbilden müssen in dieser Krisensituation, hat Kollege Zillich schon ausgeführt. Wenn wir Sie da falsch verstanden haben, würde ich Sie dennoch bitten, genauer zu umreißen, wie Sie sich das vorstellen, also seriös vorstellen, denn ich kann mir schlechterdings im Moment auch nicht vorstellen, wie man – so, wie Sie es vorgetragen haben – hier zu einer fein ziselierten Veranschlagungstechnik kommen kann, die dann auch noch, wie Kollege Zillich gesagt hat, den Eindruck erwecken muss, dass man hier auf dem Fundament von Haushaltswahrheit und -klarheit eine möglichst sichere Prognoseentscheidung trifft.

Ich glaube, wir sind in einer Situation, in der die Haushaltsrisiken dessen, was wir gerade erleben, auch durch eine volkswirtschaftliche Brille betrachtet für niemanden bezifferbar und hochgradig dynamisch sind. Wir wissen, dass wir im Mai eine Steuerschätzung bekommen werden; wir wissen noch nicht, wie sie ausgeht, und wir können davon ausgehen, dass egal wie sie ausgeht, auch sie aufgrund dieses dynamischen Geschehens mit großer Unsicherheit behaftet sein wird, wenn man sich anguckt, welche Flüchtlingsbewegung sich da jetzt verstetigt – also rein quantitativ –, und sieht, dass das meiste zumindest über Berlin hierher kommen wird.

Auf der anderen Seite höre ich jedenfalls bisher vom Bundesfinanzminister vor allen Dingen drei Aussagen: Die Schuldenbremse bleibt bestehen, für die Aufrüstung der Bundeswehr wird es ein Sondervermögen im Range des Grundgesetzes geben, und eine Einnahmenverbesserung im Sinne von Einnahmeerhöhungen auf der steuerlichen Regimeebene wird es nicht geben. – Wenn ich mir diesen Dreiklang anhöre und gleichzeitig von Staatssekretär Fischer nur für den Bereich Berlin höre, welche von ihrer Dauer her noch nicht ganz absehbaren Verpflichtungen wir und auch andere Bundesländer eingehen, dann fehlt mir im Moment so ein bisschen die Vorstellungskraft, wie das unter diesem Regime aufrechtzuerhalten sein soll. Insofern sind wir hier in einer dynamischen Situation, und ich hoffe, dass es da insbesondere auf der Bundesebene noch zu einem Umdenken kommen wird, einfach aufgrund der normativen Kraft des Faktischen. Anders kann ich mir das tatsächlich nicht vorstellen.

Ziehen wir dann noch die volkswirtschaftliche Betrachtung heran: Ich habe heute in den Medien gelesen, dass, glaube ich, 30 Prozent der bundesrepublikanischen Stahlimporte aus der Einflussphäre Russlands kommen. Wir haben bereits jetzt, bei den schon mit Risikozuschlägen im Haushalt veranschlagten Investitions- und Bauprojekten, Herr Goiny, aus dem Ruder laufende Kosten wegen der steigenden Baupreise, und das war noch in der Betrachtung vor den Entwicklungen, die wir jetzt beobachten. Da kann ich mir im Moment nicht vorstellen, wie man das in dieser fein ziselierten Art und Weise abbilden kann. Ich denke, die Finanzverwaltung wird uns sicherlich einen substanziierten Vorschlag machen, wie man das bei aller Strapazierung des Haushaltsgrundsatzes der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit irgendwie hinbekommt, und wir werden das sicherlich auch hinbekommen, aber wie gesagt: Wenn wir Sie da gerade falsch verstanden haben in puncto Veranschlagungstechnik, dann geben Sie noch mal ein bisschen Butter bei die Fische. Dann ist es möglicherweise auch für die Finanzverwaltung einfacher, darauf zu entgegnen. Aber diese abstrakt-generelle Kritik kann man, bei aller Wertschätzung für das Anliegen, das dahintersteht, hier erst mal nur zurückweisen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Hochgrebe!

Christian Hochgrebe (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Kollege Schlüsselburg hat sehr schön auf den Punkt gebracht – wie immer –, dass wir alle, glaube ich, so ein bisschen die Hoffnung haben, dass beim Bund ein Umdenken einsetzen wird; „die normative Kraft des Faktischen“ sind genau die richtigen Vokabeln dafür. Man hat manchmal ein bisschen den Eindruck, der Bund sitze noch in Bonn und nicht in Berlin; anders ist nicht erklärlich, dass die Haltung des Bundes so ist, wie sie momentan ist, und wie der Druck, der auf unserer Stadt Berlin lastet, nicht wahrgenommen wird. Ansonsten ist dazu, glaube ich, alles Richtige schon gesagt worden.

Ich habe mich mit einer konkreten Detailfragen gemeldet: Sie haben eben ausgeführt, und das war auch schon im Vorfeld im Gespräch, dass das Land Berlin beabsichtigt, das PIK-System zur Registrierung der geflüchteten Menschen einzusetzen. Nun ist es ja, wenn ich das richtig sehe, so, dass das System vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Registrierung von Asylbewerbern entwickelt worden ist und nicht primär gedacht war, Menschen, die sich hier mit einem Touristenstatus befinden, zu registrieren; aber das nur am Rande. Konkrete Frage: Haben Sie mal mit den Ausländerbehörden in Berlin oder anderswo gesprochen, ob dieses System denn geeignet ist? – Nach den vielen Gesprächen, die ich dort geführt habe, auch mit Ausländerbehörden in anderen Städten ist das System gänzlich ungeeignet und vor allen Dingen funktionsunfähig und gar nicht einsatzbereit. Die zweite Frage ist, ob es denn nicht Alternativen gibt. Die Flüchtlinge werden ja bereits jetzt registriert, wobei wir das PIK-System noch nicht einsetzen. Welches System wird gegenwärtig eingesetzt, und wäre das nicht eine sinnvollere Alternative, als PIK einzusetzen? – Abschließend, weil wir hier im Hauptausschuss sind, interessiert mich noch, mit welchen Kosten denn der Einsatz des PIK-Systems verbunden ist. Wir müssten das ja wohl vom Bund mieten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich habe zwei Punkte, auf die ich noch eingehen möchte; das eine hatte ich bei meinem ersten Wortbeitrag vergessen. Herr Staatssekretär hat ja dieses Interview in der „Zeit“ erwähnt, in dem als die Städte mit der Hauptlast der Flüchtlingsbewegung Berlin und Wien genannt wurden. – Ich finde das ein bisschen traurig, es zeigt aber auch, wie die deutsche Sicht der Dinge immer noch ist, wenn man in diesem Zusammenhang nicht auch Warschau erwähnt und das, was die polnische Regierung und Polen insgesamt hier leisten. Da müssen wir uns vielleicht auch von Berlin aus noch mal der europäischen Dimension klar werden. Es ist vielleicht ein guter Punkt, auf europäischer Ebene auch vonseiten der Senatskanzlei oder des Europasenators zu gucken, welche Koordination, welche Zusammenarbeit dort noch anders erfolgen kann. Wir sollten jedenfalls in unserer Aufzählung Städte wie Warschau auf gar keinen Fall weglassen. Es war mir wichtig, das auch zu erwähnen.

Hinsichtlich der Nachfragen: Tatsächlich meinte ich nicht titelscharf jede einzelne Maßnahme – das wird sicherlich so nicht darstellbar sein. Ich glaube aber, dass es der andere Weg auch nicht sein kann, dass wir nur drei Sammelitel haben, in denen alles drin ist. Ich habe versucht aufzuzählen, welche Bereiche ich hier noch meine. Natürlich gibt es das ganze soziale Thema, das Unterbringungsthema, die Frage, was davon der Bund übernimmt und was wir am Ende machen müssen, die Frage der Registrierung und all das, was weite Teile der Diskussion hier ausgemacht hat. Ich habe auch versucht deutlichzumachen, dass nach meinem Dafürhalten gerade mit Blick auf diesen Doppelhaushalt, der ja nun zwei Jahre umfasst, die Aufgabe, die wir haben, größer ist und dass wir uns deswegen noch ein paar mehr Herausforderungen werden stellen müssen. Da gibt es sicherlich noch Punkte im Bereich der Bildungspolitik, im Bereich der Verwaltung, im Bereich der Ausstattung der Ehrenamt- und Katastrophenschutzdienste und vieles mehr. Das kann man im Rahmen der Haushaltberatungen schon verifizieren. Dafür brauchen wir keinen Sammelitel. Wenn wir erkennen, dass wir unsere Struktur, unsere Infrastruktur in diesen Zeiten nachhaltig besser ausstatten müssen, brauchen wir dafür keinen Sammelitel. Da brauche ich jetzt auch nicht jeden kleinen Treibstofftitel oder was weiß ich, aber man kann nach meinem Dafürhalten schon Beträge politisch fassen und zuordnen, bei denen man sagt: Das erkennen wir in diesen Zeiten als eine zusätzliche Herausforderung, der wir uns im Rahmen der Haushaltsberatung noch mal widmen müssen. – Genau das

war im Grunde genommen der Mittelweg, den ich vorgeschlagen habe. Damit werden wir uns im Detail sicherlich noch mal beschäftigen müssen, und es wird Bereiche geben, gerade im Bereich der sozialen Titel, wo es auch eine Deckungsfähigkeit gibt. Das können wir heute natürlich noch nicht sagen, und ich weiß auch nicht, wie schnell wir es sagen können.

Ich hoffe, dass unser gemeinsamer Appell hier im Abgeordnetenhaus an die Bundesregierung und all das, was von Koalitionsseite gesagt wurde, auf Bundesebene fruchtet. Ich sehe da auch die gesamte MPK in der Verantwortung. Ich glaube, wir müssen von Berliner Seite noch mal so deutlich sagen, dass alle Fraktionen, alle Parteien, die in Deutschland Verantwortung tragen, diese Größenordnung, diese Dimension erkennen müssen und hier zu einem abgestimmten, effizienten gemeinsamen Verfahren kommen müssen. Deswegen wollte ich auch, so gerne Kollege Schlüsselburg auch Bundeshaushaltsberatungen hier machen möchte, nicht darauf abstellen, die volkswirtschaftlichen, die wirtschaftlichen, die geopolitischen Zusammenhänge hier zu diskutieren. Das habe ich mir gerade verkniffen, sondern ich wollte als kleiner Landeshaushälter den Fokus mal auf unsere Aufgaben richten, und das ist schon nicht einfach. Wir haben genügend Herausforderungen. Da brauchen wir auch, wie schon herausgearbeitet, die Verantwortung des Bundes, aber ein paar Sachen können und müssen wir hier eben doch selbst regeln. Dafür sind wir ein eigenständiges Bundesland mit einem eigenen Parlament, einer eigenen Regierung und einem eigenen Haushalt. Diese Aufgaben sollten wir in den nächsten Wochen und Monaten auch wahrnehmen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich beende jetzt die Rederunde und bitte den Senat um Stellungnahme. Zunächst die Finanzverwaltung, bitte!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte in Anspruch nehmen, zum Thema Personal im Allgemeinen etwas zu sagen, weil wir ja, auch wenn es nicht im Namen der Finanzverwaltung steht, für das landesweite Personal zuständig sind und das ein wichtiger Punkt ist. Da gab es ja verschiedenste Fragen aus der Runde. Die eine Frage war: Wie funktioniert das eigentlich ganz praktisch mit so einer Abordnung, und wie schnell können wir dort loslegen? – Wir haben im Moment zwei Wege, der eine Weg ist über direkte Amtshilfeverfahren. Da schreibt dann zum Beispiel SenIAS an die Innenverwaltung oder die Polizeibehörde: Wir bräuchten dringend Polizisten, die auch im Schichtbetrieb arbeiten können. – Dann können die abgeordnet werden. Die Gremien sind ab einer Dauer von drei Monaten zu beteiligen, alles darunter geht auch bei reiner Kenntnisnahme. Das gleiche gilt für den Personalpool, den wir aufgesetzt haben. Der funktioniert technisch ein bisschen anders, da können sich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus allen Behörden bei ihrer Dienststelle melden und sagen: Ich möchte mitmachen, zu diesen und jenen Rahmenbedingungen kann ich es mir vorstellen, dieser Zeitraum oder jener. – Die Frage nach Teilzeit ist eine interessante; das müsste technisch möglich sein, ist aber vielleicht organisatorisch herausfordernd. In den Behörden selbst – ich kenne das noch aus alten Zeiten im LAF – wurden Projekte genau so fortgetrieben, dass man gesagt hat, ein Tag pro Woche ist für genau dieses Projekt reserviert. Das ist hier wahrscheinlich ein bisschen schwieriger, auch bei der Einsatzplanung, wenn es zum Beispiel um Tegel geht oder um Krisenstäbe. Organisatorisch ist das also wahrscheinlich eher eine Herausforderung.

Wir sind mit dem Hauptpersonalrat in engem Austausch, was die Abordnungsverfahren angeht, was die Begleitung angeht. Der Hauptpersonalrat hat uns da auch unkomplizierte Unterstützung zugesagt. Gleichwohl: Für alles, was reguläre Verfahren sind, die länger als drei

Monate dauern, gelten natürlich die Beteiligungsrechte der individuellen Personalräte. Ein Ziel dieser Regierung ist die Etablierung einer Hauptfrauenvertretung; die gibt es bisher noch nicht, was dazu führt, dass man zwar mit dem Hauptpersonalrat sehr viel abstimmen kann, aber die Rechte der Frauenvertretung, und die sind in der Regel ausgeprägter als die Rechte der Beschäftigtenvertretung, dann dezentral zu wahren sind. Das ist organisatorisch ein Zeitfresser; gleichwohl sind, glaube ich, alle sensibilisiert, dass man schnell handeln möchte. Ähnlich ist es bei der Einstellung von Beschäftigungspositionen. Hier hat das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten auch in Abstimmung mit seinem Personalrat einen Weg gefunden, um – ich weiß nicht, wie lang es dann bis zum Vertragsschluss durch das LVWA dauert, die sind ja auch immer noch am Ende der Prozesskette – zu erheblich kürzeren Zeiten zu kommen. Wahrscheinlich wird unsere Stellenbesetzungsauswertung, die SenFin einmal im Jahr anfertigt, zeigen, dass das drei bis vier Wochen vom Gespräch bis zum Onboarding sind. Das ist sehr schnell. Etwas Ähnliches planen wir gerade mit dem Bezirk Neukölln als Shared-Service-Angebot für alle Bezirke, die sagen, sie kriegen das selbst organisatorisch und kapazitär nicht gestemmt. Der Bezirk Neukölln hat angeboten, in kreativer Umwidmung seiner Geschäftsstelle Schulbauoffensive, die ja auch schon zentral für Bezirke Auswahlverfahren begleitet hat, relativ schnell Anforderungsprofile und BAKs für die verschiedenen Bedarfe in den Bezirken zu erstellen. Das sind nicht nur die Sozialämter, das sind auch die Gesundheitsämter, Jugendämter, Schulen, Ehrenamtskoordination, Flüchtlingskoordination und wahrscheinlich noch viele mehr, von denen wir erst im Laufe der nächsten Tage und Wochen im praktischen Doing erfahren, dass da Bedarfe auftreten, dort schnell Einstellungen vornehmen zu können. Auch dort sind wir mit dem HPR im Gespräch, dass sie uns zumindest dahingehend unterstützen, dass die dezentralen Personalräte auch hier ihre Beteiligungsrechte in verkürzter Form wahrnehmen, um schnell handlungsfähig zu sein und die Beschäftigten, die gerade wirklich massiv Überlast fahren, schnell zu entlasten. – Eine weitere Möglichkeit, die es gibt, ist natürlich, Personaldienstleister zu nutzen.

Unsere Einschätzung ist im Moment, dass man alle Methoden gleichzeitig starten muss, da sie zu verschiedenen Zeitpunkten tragen. Eine schnelle Unterstützung von Tegel wird nur durch Abordnungen im Rahmen der Amtshilfe möglich sein. In einem zweiten Schritt werden sicher die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt werden, die sich jetzt auf das Schreiben der Regierenden Bürgermeisterin gemeldet haben. Ich habe keine konkreten Zahlen, aber da ich es versendet habe, gab es mindestens 30 Leute, die mir persönlich ihr Interesse signalisiert haben. Ich denke, es werden einige mehr sein, die sich an die zentrale E-Mail-Adresse gewandt haben, sodass wir hoffen, diese in den nächsten Tagen Richtung SenIAS vermitteln zu können, die sie dann verplanen kann. Aber das kann alles nur temporär sein, weil an vielen Stellen Mehrarbeit ansteht, sodass es wichtig ist, auch temporäre Beschäftigungspositionen dezentral einzustellen, die dann mitarbeiten. Hier ist die Herausforderung, dass wir, wie Herr Fischer ausgeführt hat, nicht wissen, wie sich die Situation entwickelt, sodass wir da dynamisch nachjustieren werden müssen. Auch da wäre es aber, glaube ich, fahrlässig zu warten, bis man eine konkrete Prognose hat, sondern wir werden dann im Doing nachjustieren.

Vielleicht noch ein Hinweis: Was ich sehr wichtig fand als Ansatz, war zu schauen – das haben wir auch schon mal geprüft, und das ist möglich –: Sollte es im Zuge der Coronapandemie Entwicklungen geben, die dazu führen, dass die Menschen auf den dafür eingestellten Beschäftigungspositionen, sofern Sie noch Verträge haben, an anderer Stelle im Bezirk unterstützen können, dann ist das möglich. Auch das LAF hat meines Wissens Personal, studentische Hilfskräfte eingestellt unter der Maßgabe, dass sie nicht nur dort, sondern gegebenenfalls

auch in anderen Bereichen des Landes Berlin unterstützen. Ich glaube, das ist eine Flexibilität, die auch einem Tanker ganz gut zu Gesicht steht; vielleicht haben wir auch ein paar Schnellboote unserer Seite. Ob das ausreicht und ob das kurzfristig Entlastungen bringt, hängt noch von anderen Faktoren mit ab, aber da versuchen wir, alle kreativen Wege zu gehen.

Auch die Bezirke haben die Möglichkeit – das war Ihre Frage, Frau Jasper-Winter –, sich als Aufnehmende an den Personalpool zu wenden. Der ist so gestaltet: Menschen können ihr Interesse über ihre Dienststelle bekunden – da steht dann auch die Eingruppierung, ganz grob die Kompetenzen –, und auf der anderen Seite gibt es quasi die Nachfragebereiche, die sagen: Ich bräuchte jemand, Eingruppierung ungefähr XY, mit folgenden Kompetenzen. – Das wird nie ein passgenaues Matching werden, aber beide Seiten können darauf zugreifen. Das Tool wurde während der Coronapandemie ins Leben gerufen. Damals war die Reaktion nicht so groß, da hatten wir ungefähr 50 Vermittlungen. Ich gehe aber davon aus – zumindest lässt mein Postfach darauf schließen –, dass aktuell die Bereitschaft und das Engagement etwas höher sind. Gleichwohl müssen wir auch sehen, dass die jeweiligen dezentralen Dienststellen die Möglichkeit haben zu sagen: Diese Person bitte nicht, die ist auch hier systemrelevant. – Es laufen ja noch viele andere Prozesse weiter, Corona ist noch nicht vorbei, auch andere wichtige Themen stehen an, sodass man hier in eine Abwägung kommen und gucken muss. Kurzfristig sind solche Einsätze also wichtig, aber langfristig brauchen wir einfach zusätzliche Ressourcen von außen, gern auch vom Bund. Von daher freue ich mich über die Nachricht, dass die Bundeswehr in Amtshilfe tätig wird.

Zum Thema Überveranschlagung und Haushalt werden wir sicherlich in die Diskussion kommen. Ich möchte hier zwei Unterscheidungen machen: Das eine ist noch mal die Frage: Was sind rechtlich verpflichtende Leistungen, die wir in den Haushalt einplanen müssen, und was sind – meine alte Bürgermeisterin hat mir immer verboten, das zu sagen – die freiwilligen Leistungen? Was ist also all das Flankierende, was man im Bereich Integration, Ankommen und darum herum macht, auf das es keinen ganz konkreten individuellen Rechtsanspruch gibt? – Auch da wird es sicher Dinge geben, das hatten wir 2015, 2016 auch: Stärkung der Bibliotheken, was ihre Angebote angeht, Stärkung der Volkshochschulen, was Sprachkurse angeht, gesonderte Programme zum Thema Kinderbetreuung und vieles mehr. Da gibt es keine rechtlichen Regelungen. Da ist es sicherlich sinnvoll, gewisse Akzente durch das Parlament zu setzen. Bei Aspekten mit rechtlichen Verpflichtungen, Leistungen und Ähnlichem, gibt es in den Bezirken, aber auch in den anderen Leistungsbehörden das Verfahren, dass wir miteinander versuchen, so passgenau wie möglich zu veranschlagen und Abweichungen in der Regel in den Bezirken über Basiskorrekturen nach oben und unten ausgeglichen werden, sodass man dort mit Näherungswerten arbeitet. – So viel vielleicht zu dem Aspekt.

Noch kurz zum Thema Leistungsanspruch: Der Senat hat sich gemeinsam committed, um schnell reaktionsfähig zu sein, auch im Vorgriff auf die Registrierung, die eigentlich der reale Startpunkt einer Leistungsgewährung wäre, schon zu leisten, sei es im Bereich Unterbringung, ASOG. Aber es gibt auch die Möglichkeit, bei den Bezirken im Falle von Mittellosigkeit über die Sozialämter die Leistungen zu beantragen. Meines Wissens ist bisher geregelt, dass das Asylbewerberleistungsgesetz hier einschlägig ist. – Der Kollegen nickt; dann haben wir den Punkt erreicht, an der ich elegant zu SenIAS übergeben möchte. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte!

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS): Vielen Dank! – Dann werde ich, um den ordentlichen Übergang zu gewährleisten, mit dieser Frage einsteigen. Das basiert auf der Massenzustromrichtlinie, die – um ein bisschen für Verständnis für den Bund zu werben – jetzt zum ersten Mal überhaupt aktiviert worden ist, sodass dort ein paar Unsicherheiten, selbst wenn es sich um ein bundesgesetzliches Instrument handelt, in der Startphase zu erwarten waren. Die Rechtslage ist folgendermaßen: Wenn die Menschen als Flüchtlinge registriert sind, sind sie leistungsberechtigt nach dem AsylbLG. Das ist keine Optionsfrage, wo man sagen kann, das macht man so oder so, sondern das ist die bundesgesetzliche Rechtslage. Das heißt, die Antwort auf die Frage, die Sie, Herr Goiny, auch aufgerufen haben, wie man die Menschen in das SGB II bringt, lautet: Das müsste durch eine proaktive Änderung des Bundesrechts erfolgen. Das geht nicht, indem der Bund das einfach sagt, sondern dazu muss das Aufenthaltsgesetz geändert werden, und vermutlich auch das SGB II, aber das kann ich jetzt nicht abschließend einschätzen. Jedenfalls wäre eine bundesgesetzliche Änderung dafür zwingend notwendig. Ohne das geht es nicht. Die jetzige Rechtslage normiert eindeutig das, was uns auch schon auf den Sozialämtern der Bezirke begegnet. Die Menschen haben Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, aber die bezirklichen Sozialämter realisieren den Leistungsanspruch, führen ihn durch. Das ist der Stand der Dinge.

Damit komme ich zu der Frage: Wie finden wir denn heraus, wie viele Menschen schon in Berlin sind? – Die Annahme, wir könnten das auf Basis von Zugankünften, von denen wir wissen, hochrechnen, könnte sich, fürchte ich, als Irrtum erweisen, da wir alles, was an Privatkünften, von denen wir gar nichts merken, nicht einbeziehen können. Ich erzähle da immer gern eine Anekdote: Ich habe eines Nachts, weil es so spät war, in einem Hotel geschlafen, und in den fünf Minuten, in denen ich abends davor stand, kamen zwei Familien mit Kindern und vollen Autos an. – Von diesen Geschichten dürften im Moment viele in Berlin erzählt werden. Das heißt, ehrlicherweise wissen wir es nicht. Wir wissen im Moment nicht, können keine abschließende Zahl nennen, wie viele Menschen aus der Ukraine hier angekommen und geblieben sind, in privaten Unterkünften, bei Freiwilligen, wo auch immer. Wissen werden wir es, wenn sie sich registrieren lassen. Dieser Prozess kann an mehreren Startpunkten beginnen: Der kann im LAF beginnen, der kann im LEA beginnen, der kann bei den bezirklichen Sozialämtern beginnen. Immer dann, wenn Menschen um staatliche Leistungen ersuchen, ist das gleichbedeutend damit, dass sie ein Schutzersuchen stellen. Damit leitet sich dann auch die Anerkennung als Flüchtling ein.

Zu der Frage nach der Registrierung, die Herr Hochgrebe gestellt hat: Müssen wir PIK zum Registrieren nehmen? – Wir haben bisher vom Bund noch keine andere Aussage dazu bekommen, dahingehend, dass wir ein anderes System als PIK nehmen können, um die Menschen formal zu registrieren. Wir haben etwas gemacht, um es zu vereinfachen: Nirgendwo steht geschrieben, dass man erst PIK und dann EASY macht; EASY ist das reine Verteilsystem, das sind aber zwei Systeme, zwei Systemschritte. PIK ist die Registrierung, über EASY wird in die Bundesländer verteilt. Wir haben jetzt gesagt: Um bei riesigen Ankunftsanzahlen zu vereinfachen, machen wir erst EASY und registrieren dann tatsächlich nur noch die in Berlin, die in Berlin bleiben, und die anderen haben sozusagen ihre Zuweisungen zu ihrem Zielort, um wenigstens diesen einen Prozessschritt zu vereinfachen. – Die Frage, ob man PIK nimmt und die Vorgaben, die im PIK drin sind, insbesondere die Vorgaben, die Daten abholen, die für eine Sicherheitsüberprüfung notwendig sind, ist eine Frage, die ich nicht abschließend beantworten kann, sondern die letztlich von Innenbehörden beziehungsweise dem BAMF beantwortet werden muss. Das kann ich jetzt schlicht nicht.

Dann gab es die Frage, wie die Kapazitäten bei PIK sind. – Wir haben im Moment 40 PIK-Stationen in Berlin; ich hoffe, dass ich die Zahl aus dem Kopf richtig genannt habe. Wir werden aber auch da aufrüsten. Zu den Kosten, nach denen auch Herr Hochgrebe gefragt hat: Man least die vom BAMF beziehungsweise von einem Dienstleister, den das BAMF beauftragt hat, aber die genauen Leasingkosten kann ich Ihnen schlichtweg nicht sagen. Der Markt ist aber auch so, dass auch das BAMF nicht einfach sagt: Wir melden uns und wollen 100 PIKs leasen. – Da werden Lieferzeiten von mehreren Monaten genannt. Das hilft uns auf kurze Sicht nicht. Das BAMF hat im Prinzip alles abgegrast, was sie an PIKs haben, hat uns auch noch mal PIK-Stationen zur Verfügung gestellt, muss jetzt aber selbst nachordern, damit die Länder und Kommunen wieder PIKs bekommen. Da ist tatsächlich ein Engpass.

Herr Bauschke, Sie haben nach den Duschen in der Messe gefragt. – Das ist ein klassisches Problem, das unser Krisenstab bearbeitet. Die Duschzelte, mit denen wir da arbeiten, stehen entweder schon oder werden in den nächsten Stunden aufgebaut.

Dann wurden unser Bericht und der Datenraum angesprochen; damit wollte ich eigentlich einsteigen. – Wir haben uns natürlich bemüht, Transparenz herzustellen, damit Ihnen nicht einfach nur Zahlen vorliegen, sondern auch die Grundlagen, auf denen die ermittelt werden. Damit sind auch vertrauliche Vertragsdaten, insbesondere beim Projekt Tegel, berührt, deren Veröffentlichung schlichtweg nicht gut wäre. Das Bild betrifft nur die Vertragsdaten, deswegen ist unser Vorschlag jetzt: Wir nehmen die vertraulichen Daten raus, und stellen den anderen Bericht, also die Zahlen, die ich hier auch schon kursorisch genannt habe, als Vorlage zur Verfügung. – [Christian Goiny (CDU): Und den Rest können Sie im Datenraum zur Verfügung stellen!] – Können wir auch machen.

Frau Jasper-Winter, Sie haben nach den bezirklichen Sozialämtern gefragt; dazu hat Frau Borkamp schon einiges gesagt. Ich gehe aber noch mal darauf ein: Das wird nach dem jetzigen System, wenn sich bundesgesetzlich nichts ändert – und ich nehme die Berichte von den Sozialstadträten und -stadträtinnen mit deutlicher Sorge zur Kenntnis – eine Wegscheide sein, die uns mutmaßlich auf Wochen begleiten wird, wo wir wirklich alle miteinander sehr viel Resilienz beweisen müssen, denn die Menschen sind jetzt da. Die Sozialämter können wir nicht wie Luftballons aufblähen. Die personalisieren neue Bearbeitungsplätze auf. Ich weiß, dass der BVV-Saal Friedrichhain-Kreuzberg jetzt auch eine Bearbeitungsstrecke ist, um das zu bearbeiten. Wir werden da in den nächsten Wochen in den bezirklichen Sozialämtern mit einer sehr großen Herausforderung zu tun haben, die wir neben dem Ankunftsprozess bewältigen müssen. – Ich glaube, damit habe ich die Fragen, soweit ich sie uns betroffen haben, beantwortet. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! Wir werden uns ja – leider, gewissermaßen – sicherlich noch häufiger unterhalten müssen. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Tagesordnungspunkt für heute beendet.